

Titel des Antrags:
Abschiebungen/Sammeleinrichtungen

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Der Bundesvorstand beantragt folgende Änderungen des Grundsatzprogramms unter 11.2 Asylpolitik.

Alte Version: "Abschiebungen von Familien sowie die Abschiebehaft sind zu beenden."

Neue Version: "Abschiebungen oder gar planvolle Massenausweisungen, wie sie rechtsextreme Kreise vorhaben, lehnen wir ab. Durch Abschiebungen werden keine Probleme gelöst, sondern nur örtlich verlagert und andernorts gar verstärkt. Das deutsche Sozial- und Rechtssystem hat alle hier lebenden Menschen gleich zu behandeln. Niemand darf Angst davor haben müssen, den Lebensmittelpunkt in Deutschland gegen den Willen verlassen zu müssen. Es sind vielmehr ausreichend Integrations- und Resozialisierungsmaßnahmen anzubieten und durchzuführen."

Hinter dem Satz "Anzustreben sind zudem internationale Vereinbarungen dahingehend, dass sichere und legale Fluchtrouten geschaffen werden und Geflüchteten auch in einem Nachbarstaat des Ursprungslandes sicheres und garantiert rechtsstaatlich faires Asyl gewährt werden kann." ist folgender Text hinzuzufügen:

"Lager an den Außengrenzen oder außerhalb der EU zur Verhinderung der Einreise sowie Pushbacks und Abschiebehaft lehnen wir strikt ab. Diese Praktiken widersprechen den Menschenrechten. Wir möchten, dass in der gesamten Europäischen Union menschenwürdige, möglichst dezentrale Unterkünfte zur Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten bereitgestellt werden.


Wir lehnen pauschale Abschiebungen, auch von ausreisepflichtigen Ausländer:innen, ab und setzen uns für eine sehr strenge individuelle Prüfung durch fachlich kompetente Menschen ein, da oft zu schnell bzw. leichtfertig abgeschoben wird. Abschiebungen dürfen nicht dazu führen, dass Menschen in Verfolgung, Hunger, Krieg und Tod (zurück)geschickt werden. Bei jedem Verfahren sollten Sicherheit, Schutz, Humanität und Achtung der Menschenrechte die höchste Priorität haben. Unsere langfristige Vision ist eine solidarische und nachhaltige Politik, die Fluchtursachen bekämpft und globale Herausforderungen angeht."

Begründung:

Zu diesem Thema wurde die Tierschutzpartei schon oft befragt. Eine offizielle Position dazu fehlte aber bislang.

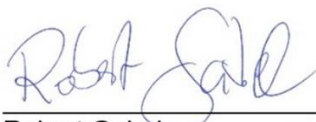
Unterschriften:



Paula López Vicente  11886
Bundesvorsitzende



Dr. Marcel Krohn  11552
Bundesvorsitzender



Robert Gabel  10185
Bundesvorsitzender

Titel:

Rechte der Natur und Tiere als Rechtssubjekt

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Der 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen, folgende Absätze dem Punkt 1. Tierschutz- und Tierrechtspolitik im Grundsatzprogramm als Punkt 1.14 Rechte der Natur und Tiere als Rechtssubjekt hinzuzufügen.

1.14 Rechte der Natur und Tiere als Rechtssubjekt

Weltweit nimmt die Zahl der Vorschriften und Gesetze zum Schutz der Natur und der Tiere zu. Auch in Deutschland. Dennoch verschlechtern sich Natur, Lebensbedingungen für Tiere und Ökosysteme rapide. Weltweit sind eine Million Pflanzen- und Tierarten vom Aussterben bedroht. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möchte dem unzureichenden Tier- und Naturschutz in Deutschland ein Ende setzen, indem sie der Natur und den Tieren grundlegende Rechte als Rechtssubjekt einräumt. Dadurch soll die Natur vor schädlichen menschlichen Aktivitäten, wie Umweltverschmutzung, Raubbau an natürlichen Ressourcen und Zerstörung von Ökosystemen geschützt werden. Des Weiteren erhoffen wir uns, dass die Anerkennung der Rechte der Natur und Tiere als Rechtssubjekt zu einer Bewusstseinsbildung beiträgt und einen Wertewandel in Bezug auf die Beziehung zwischen Mensch, Tier, Natur und unsere empfindlichen Ökosysteme, als Lebensraum und Lebensgrundlage aller Lebewesen fördert.

Natur:

Ohne Natur gibt es keine saubere Luft, kein Wasser und keine Nahrung. Keine der bestehenden Naturschutzbestimmungen scheint jedoch die Natur für heutige und zukünftige Generationen ausreichend zu schützen. Und es ist an der Tagesordnung, dass sich auf die Einhaltung dieser Vorschriften nicht verlassen werden kann. Oftmals müssen Naturschutzverbände von ihrem Klagerecht Gebrauch machen, um die Berücksichtigung von Vorgaben durchzusetzen. Wenn Grundrechte für die Natur anerkannt werden, müssen die Interessen der Natur aus einer ganz anderen Perspektive berücksichtigt werden. Die Natur nur zu schützen und im Zweifel der Interessensabwägung Schäden hinzunehmen, wäre dann keine Option mehr, da sie über eigenständige Rechte verfügt, die mit weitaus mehr Konsequenzen vor Gericht geltend gemacht werden können, sofern sie nicht eingehalten werden. Durch die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt wird die Möglichkeit geschaffen, dass Menschen und Organisationen im Namen der Natur auftreten und ihre Interessen vor Gericht vertreten können. Dies stärkt die Position der Natur und ermöglicht eine wirksamere Vertretung ihrer Belange. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möchte eine Naturkonsultation für die Rechte der Natur im Grundgesetz etablieren. Hierfür sollen Rechtswissenschaftler:innen,

Wissenschaftler:innen, Naturverbände und Bürger:innen in einen Dialog treten. Weltweit gibt es inzwischen über 400 Initiativen, die Naturrechte in der lokalen und nationalen Gesetzgebung anerkennen. Das erste Land der Welt, das Naturrechte in seiner Verfassung verankert hat, war Ecuador. In Europa gibt es verschiedene Initiativen, die prüfen, wie Rechte für die Natur im (Verfassungs-)Recht verankert werden sollten.

Tiere:

In unseren Gesetzesbüchern sind Tiere zwar per se keine Sache mehr, dennoch werden sie in der Konsequenz als solche behandelt.

Die Einführung der Gesetzessammlung zum Tierschutzrecht (TierSchR, Beck-Texte, 3. Auflage, 2014)) stellt fest: „Das Tierschutzgesetz (Nr. 1) als die zentrale Vorschrift des Tierschutzrechts setzt pragmatisch die faktisch vorhandene weit reichende Nutzung von Tieren durch den Menschen voraus; es statuiert kein eigenes Recht der Tiere, (...)“

Und diese vorausgesetzte Nutzung führt zu großen Leiden der Tiere, da deren Interessen stets in der Abwägung zur Nutzung durch den Menschen steht.

Das für unsere Erde notwendige Gleichgewicht und die, für Tiere nötige, Anerkennung als fühlende Lebewesen mit ausgestatteten Grundrechten, sollte sich in unseren Gesetzen widerspiegeln.

Im Grundgesetz verankerte Rechte sichern den Tieren die notwendigen Grundlagen zu, um der Interessenabwägung durch den Menschen zu entgehen. Denn nur so kann wirklich sichergestellt werden, dass den Tieren keine Schmerzen und Leiden mehr zugefügt werden, da unabhängig der Gründe, die dafür evtl. bestehen würden, ihnen keine solchen mehr zugefügt werden dürfen.

Begründung:

Die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt ist wichtig aus mehreren Gründen:

Schutz der Umwelt: Die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt bedeutet, dass die natürliche Umwelt rechtlichen Schutz erhält. Dies ermöglicht es, die Natur vor schädlichen menschlichen Aktivitäten, wie Umweltverschmutzung, Raubbau an natürlichen Ressourcen und Zerstörung von Ökosystemen, zu schützen. Es eröffnet die Möglichkeit, die Natur als eigenständiges Rechtssubjekt zu betrachten, das Anspruch auf Schutz und Erhaltung hat.

Interessenvertretung: Durch die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt wird die Möglichkeit geschaffen, dass Menschen und Organisationen im Namen der Natur auftreten und ihre Interessen vor Gericht vertreten können. Dies stärkt die Position der Natur und ermöglicht eine wirksamere Vertretung ihrer Belange.

Bewusstseinsbildung und Wertewandel: Die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt trägt zu einer Bewusstseinsbildung bei und fördert einen Wertewandel in Bezug auf die Beziehung zwischen Mensch und Natur. Sie unterstreicht die Bedeutung der Natur als eigenständiges und schützenswertes Wesen und fördert ein Verständnis für die wechselseitigen Abhängigkeiten und Interaktionen zwischen Menschen und der natürlichen Umwelt.

Nachhaltigkeit und langfristige Perspektive: Die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt lenkt die Aufmerksamkeit auf die langfristige Nachhaltigkeit und den Schutz der Ökosysteme. Es fördert die Idee, dass die Natur nicht nur als Ressource für die menschliche Nutzung betrachtet werden sollte, sondern auch ein eigenständiges Recht auf Existenz und Integrität hat. Dadurch können langfristige Überlegungen in Entscheidungsprozesse einfließen und eine nachhaltigere Entwicklung gefördert werden.

Die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt ist daher ein wichtiger Schritt, um die Wertschätzung, den Schutz und die Erhaltung der natürlichen Umwelt zu fördern und eine nachhaltige und ausgewogene Beziehung zwischen Mensch und Natur zu schaffen. (Verfasst von <https://chat.openai.com>) Dieses Thema gewinnt immer mehr an Bedeutung und es sollte uns als PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ ein Anliegen sein dies auf politischer Ebene zu vertreten. Wähler*innen könnten uns zu diesem Thema auch besonders hohe Kompetenzen zusprechen, was uns in Umfragen und bei Wahlen einen Vorteil verschaffen könnte.

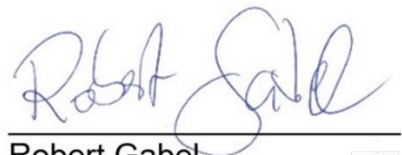
Die Notwendigkeit der Schaffung von subjektiven Rechten wurde ausführlicher dargelegt sowie gesonderte Teile für Natur und Tiere erstellt. Die Erläuterung der rechtlichen Hintergründe wurden angepasst und die Vorteile für Natur- und Tierschutz deutlicher erklärt.



Paula López Vicente ☐ 11889
Bundesvorsitzende



Dr. Marcel Krohn ☐ 11552
Bundesvorsitzender



Robert Gabel ☐ 10188
Bundesvorsitzender

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Im Kapitel „8.2 Arbeit“ des Grundsatzprogramms soll ganz am Ende folgendes ergänzt werden:

"Für Menschen, die aktuell auf Bürgergeld angewiesen sind, soll gelten: Solange das Bürgergeld so bemessen wird, dass es das Existenzminimum sichern soll, mit bürokratischen Hürden verbunden ist und in der Realität oft kaum zum Leben reicht, wäre es angesichts steigender Lebenshaltungskosten und Inflation menschenunwürdig, es weiter zu kürzen. Daher sollten Bürgergeldempfänger:innen die Leistungen auch nicht gekürzt werden, wenn sie z. B. Jobangebote ablehnen.

Als deutlich menschenwürdigere und bezahlbare Alternative favorisieren wir das bedingungslose Grundeinkommen."

Begründung:

Zu diesem Thema wurde die Tierschutzpartei schon oft befragt. Eine offizielle Position dazu fehlte aber bislang.

Unterschriften:



Paula López Vicente
Bundesvorsitzende



Dr. Marcel Krohn
Bundesvorsitzender



Robert Gabel
Bundesvorsitzender

Bezeichnung des Antrages:
Absatz zur Digitalisierung im GSP aktualisieren

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext: Der 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen, den Absatz **10. Digitalisierung** im Grundsatzprogramm zu aktualisieren und den vorletzten Absatz von 9.3 dafür zu streichen:

Neue Fassung:

Die Digitalisierung hat in den letzten Jahren immer stärkeren Einfluss auf Privatleben und Berufswelt genommen. Die politischen, sozialen, pädagogischen, psychologischen und ökologischen Folgen der Digitalisierung sind in einem fortlaufenden Prozess wissenschaftlich zu erforschen. Hierzu bedarf es breit angelegter Studien, deren Ergebnisse in den gesellschaftlichen Diskurs und in politische Entscheidungen eingebracht werden müssen.

Insbesondere in ländlichen Gebieten gibt es noch immer kein schnelles Internet und keine ausreichende Mobilfunknetzabdeckung. Vor allem auch für Bildungseinrichtungen und Gewerbegebiete müssen ausreichend Bandbreiten zur Verfügung gestellt werden. In Innenstädten, öffentlichen Einrichtungen und touristischen Zielen muss freies W-LAN verfügbar sein und grundsätzlich befürworten wir die Förderung von Freifunk im öffentlichen Raum.

Die Betreiber der Mobilfunknetze haben die staatliche Vorgabe erfüllt, 98 Prozent der deutschen Haushalte mit LTE-Standard zu versorgen. Bezogen auf die Fläche gibt es aber noch immer große Gebiete ohne Abdeckung. Eine zuverlässige mobile Internetverbindung auch in ländlichen Wohngegenden ist unabdingbar. Der weitere Ausbau des 5G-Netzes hat unter zuverlässiger Berücksichtigung seiner Auswirkungen auf Menschen, Umwelt und Tiere zu erfolgen.

Um die Digitalisierung voranzutreiben, soll es für die Bürger:innen noch einfacher werden, mit öffentlichen Verwaltungen in Kontakt zu treten und Behördengänge komplett und unkompliziert online zu erledigen. Die Möglichkeit der persönlichen Vorsprache in Behörden muss für die Bürger:innen jedoch erhalten bleiben. Die Verwaltungen untereinander müssen möglichst papierlos, aber unter höchsten Sicherheits- und Datenschutzvorkehrungen, zusammenarbeiten. Es muss zudem ein Recht auf Home Office geben, sofern tatsächliche betriebliche Gründe nicht dagegen sprechen.

Die Frage, wie sehr an Bildungseinrichtungen verstärkt digital gearbeitet werden soll, muss Gegenstand gesellschaftlicher Diskussionen sein. Eine zu starke Ausrichtung

der Digitalisierungsstrategie am technisch-ökonomischen Fortschritt sollte hierbei auch kritisch hinterfragt werden. In Unterricht und Lehre sollen gleichermaßen Potenziale und Risiken im Umgang mit dem Internet und mit Künstlicher Intelligenz (KI) thematisiert werden. Wir möchten Forschung und Entwicklung von KI fördern, denn KI wird zukünftig viele Probleme besser lösen können. Zugleich ist es unabdingbar, die vielfältigen Risiken im Zusammenhang mit KI rechtzeitig zu erkennen und Maßnahmen zu ihrer Abwendung auszuarbeiten.

Um die Digitalisierung auszubauen und alle damit zusammenhängenden Herausforderungen in der Bildung, in der inneren Sicherheit, in der Arbeit (Industrie 4.0), bei den Auswirkungen der KI, bei den Bürger:innenrechten (E-Government, Transparenz, Sicherheit) zu koordinieren, ist die Schaffung eines selbstständigen Digitalministeriums sinnvoll.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Netzneutralität. Diese muss erhalten bleiben, da die Interessen aller privaten und kommerziellen Nutzer:innen gleichberechtigt sind. Durch eine Aufhebung der Netzneutralität könnten größere, finanzstärkere Unternehmen gegenüber kleineren Unternehmen von den Internetanbietern bevorzugt werden.

Sicherheit ist auch im digitalen Leben wichtig. Dazu gehört, dass Gesetzesverstöße im Netz wirksam verhindert und geahndet werden und hierfür die internationalen Befugnisse ausgeweitet werden. Insbesondere stellen Hasssprache, Falschmeldungen und Deep Fakes große Gefahren für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt dar, weshalb hier Unternehmen schneller Löschungen durchführen müssen und es gesetzliche internationale Vorgaben benötigt.

Das Recht auf Vergessen und der Schutz der Privatsphäre sowie ein bestmöglicher Datenschutz sind zu gewährleisten. Eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung lehnen wir ab und eine stärkere Überwachung privater Kommunikation sehen wir sehr kritisch. Grundsätzlich ist die Meinungs- und Pressefreiheit auch in der digitalen Sphäre zu gewährleisten.

Digitale Währungen und Blockchains bringen weitere Herausforderungen mit sich. Sie sind teilweise mit Kriminalität und Umweltzerstörung verknüpft und entziehen sich mitunter Prinzipien von Gerechtigkeit und Steuerehrlichkeit. Hier sind innovative Lösungen zu fördern, die ethischen Ansprüchen genügen, öffentlicher Mitbestimmung unterliegen und zugleich möglichst viele Vorteile von digitalen Techniken nutzen.

Alte Fassung:

Die Digitalisierung wird in der Zukunft eine große Rolle spielen. Für diese Zukunft bedarf es eines starken Internets und somit eines flächendeckenden Breitbandausbaus moderner Glasfasernetze. Auf dem Land muss genauso gutes und schnelles Internet zur Verfügung stehen wie in der Stadt. Zudem sollen flächendeckend das Netz der neuen Mobilfunkgeneration unter Berücksichtigung der sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen ausgebaut werden.

Daher fordern wir:

- flächendeckender Breitbandausbau moderner Glasfasernetze
- flächendeckender Ausbau der neuen Mobilfunkgenerationen nach Prüfung sozialer, gesundheitlicher und ökologischer Auswirkungen
- Reduzierung der Emission elektromagnetischer Strahlung
- alle öffentlichen Einrichtungen sollen offene, sichere und kostenlose WLAN-Hotspots anbieten.

Um die Digitalisierung voran zu treiben, soll es für die Bürger einfacher werden, mit öffentlichen Verwaltungen in Kontakt zu treten und Behördengänge schneller online zu erledigen (E-Government). Daher möchten wir, dass behördliche Angelegenheiten digitaler gestaltet werden. Die Förderung von Freifunk im öffentlichen Raum befürworten wir. An Schulen soll verstärkt digital gearbeitet werden. Um die Digitalisierung auszubauen und alle damit zusammenhängenden Herausforderungen in der Bildung, in der inneren Sicherheit, in der Arbeit (Industrie 4.0), bei den Bürgerrechten zu koordinieren, ist die Schaffung eines Digitalministeriums sinnvoll.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Netzneutralität. Diese muss erhalten bleiben, da die Interessen aller privaten und kommerziellen Nutzer gleichberechtigt sind. Durch eine Aufhebung der Netzneutralität könnten größere, finanzstärkere Unternehmen gegenüber kleineren Unternehmen von den Internetanbietern bevorzugt werden. Sicherheit ist auch im digitalen Leben wichtig. Dazu gehört, dass Gesetzesverstöße im Netz wirksam verhindert und geahndet werden und hierfür die internationalen Befugnisse ausgeweitet werden. Auch das Recht auf Vergessen und der Schutz der Privatsphäre sind zu gewährleisten. So soll jeder aktiv einwilligen müssen, ob seine personenbezogenen Daten genutzt werden dürfen und es soll jederzeit Auskunft über sämtliche gespeicherten Daten zu erhalten sein. Die aktuell geltenden Datenschutzgesetze begrüßen wir daher. Diese Grundsätze müssen aber auch für Finanzdaten gelten. Eine Art Vorratsdatenspeicherung personenbezogener Finanzdaten, die auch ohne richterliche Anordnung den Behörden auf Anfrage mitgeteilt werden müssen, lehnen wir ab.

Begründung des Antrags:

Der alte Absatz enthielt nicht mehr zeitgemäße Formulierungen, etwa dass die Digitalisierung in der Zukunft eine große Rolle spielt. Sie ist aber bereits jetzt von größter Bedeutung. Das Thema Datenschutz hat mittlerweile neue Schwerpunkte. Zudem kommen weitere Möglichkeiten und Risiken mit KI hinzu, die wir thematisieren müssen.



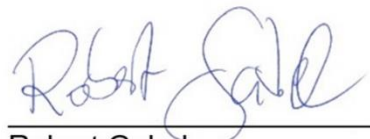
Paula López Vicente
Bundesvorsitzende

11089



Dr. Marcel Krohn
Bundesvorsitzender

11092



Robert Gabel
Bundesvorsitzender

10188

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Es soll im Grundsatzprogramm ein neuer Punkt bei 3. Gesundheitspolitik hinzugefügt werden:
„3.3. Drogenpolitik“:

"Drogenkonsum kann sehr gefährlich sein, schwere gesundheitliche Schäden hervorrufen, Familien zerstören und zu Kriminalität führen. Daher sollten Aufklärung und Prävention an erster Stelle stehen.

Dennoch sollte in der Drogenpolitik eine ganzheitliche Betrachtung stattfinden, welche Konsument:innen weder stigmatisiert noch kriminalisiert.

Denn Menschen, die süchtig nach harten Drogen sind, bedürfen Hilfe. Der Fokus dieser Hilfe sollte auf den Problemen der Menschen liegen, welche zum Drogenmissbrauch führen.

Hilfsmöglichkeiten sind Suchtberatungen, Therapieangebote und die Einrichtung von Drogenkonsumräumen, wo suchtkranke Menschen z. B. saubere Spritzbestecke bekommen und bei Bedarf sofortige medizinische Hilfe. Drogenkonsumräume und andere Hilfeinrichtungen können Leben retten. Auch werden Drogenabhängige so von Bahnhofstoiletten oder Spielplätzen weg in eine für sie und alle anderen geschützte Umgebung gelenkt.

Sogenannte weiche Drogen (wie Haschisch / Marihuana) richten nachweislich weniger Schaden an als z. B. der legale Alkohol. Daher befürworten wir eine wissenschaftlich fundierte Freigabe für den Eigenbedarf. Eine Abgabe nach Aufklärung an über 18-Jährige und der Anbau von Hanf sollten gesetzlich erlaubt werden, um den Schwarzmarkt auszutrocknen. Auf dem illegalen Drogenmarkt sind die Drogen oft gestreckt oder mit stark gesundheitsschädlichen Stoffen versetzt. Dies kann durch eine Legalisierung und kontrollierte Abgabe verhindert werden. In anderen Ländern sieht man, dass der Konsum durch solche Maßnahmen nicht zugenommen hat.

Wir befürworten zudem Angebote zum Drug-Checking, damit Konsument:innen Drogen vor dem Konsum auf gesundheitsschädliche Substanzen, falsche Dosierungsangaben oder gar falsch deklarierte Substanzen überprüfen können. Gekoppelt an das Angebot sollte eine neutrale Beratung über mögliche gesundheitliche Schäden und Risiken stattfinden. Dies kann keinen risikofreien Konsum ermöglichen, aber das Risiko für Konsument:innen erheblich

reduzieren.

Ein möglicher therapiebegleitete Einsatz von psychoaktiven Substanzen soll evidenzbasiert evaluiert werden. Erste Forschungsergebnisse zeigen beispielsweise einen potenziell relevanten möglichen Nutzen bei PTBS-Patient:innen.

Der Schutz der Gesundheit und vor Kriminalität stehen natürlich in allen Fällen an erster Stelle."

Begründung:

Zu diesem Thema wurde die Tierschutzpartei schon oft befragt. Eine offizielle Position dazu fehlte aber bislang.

Unterschriften:




Paula López Vicente
Bundesvorsitzende

11889



Dr. Marcel Krohn
Bundesvorsitzender

11552



Robert Gabel
Bundesvorsitzender

10188

Bezeichnung des Antrages:

**Ziele der Gemeinwohlökonomie auf allen politischen Ebenen
vertreten und durch Rechte für Tiere und Natur
als Rechtssubjekte weiterentwickeln**

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Der 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen,
folgende Absätze dem Punkt 9.1 unseres Grundsatzprogramms als Punkt 9.1.2
Gemeinwohlökonomie hinzuzufügen und die vorherigen Absätze als 9.1.1 Soziale und ökologische
Marktwirtschaft aufzuführen:

9.1.2 Gemeinwohlökonomie

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möchte die inhaltlichen Ziele der Gemeinwohlökonomie auf allen politischen Ebenen vertreten und durch Rechte für Tiere und Natur als Rechtssubjekte weiterentwickeln. Die Gemeinwohlökonomie setzt sich für eine nachhaltige und solidarische Wirtschaftsordnung ein. Durch die Förderung von ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Mitbestimmung und transparenten Entscheidungsprozessen kann die Gemeinwohlökonomie auf verschiedenen Ebenen dazu beitragen, die Welt im Sinne unserer ethischen Vorstellung besser zu machen: Soziale Gerechtigkeit: Die Gemeinwohlökonomie setzt sich für eine gerechte Verteilung von Wohlstand und Ressourcen ein. Durch die Förderung fairer Arbeitsbedingungen, gerechter Löhne und sozialer Sicherheit können die Einkommens- und Vermögensunterschiede in der Gesellschaft verringert werden. Dies trägt dazu bei, Armut und Ausgrenzung zu bekämpfen und die Lebensqualität für alle Menschen zu verbessern. Demokratische Mitbestimmung: Die Gemeinwohlökonomie fördert eine demokratische Mitbestimmung, indem sie sich dafür einsetzt, dass Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Durch die Stärkung von Partizipation, Transparenz und Offenheit kann die Gemeinwohlökonomie dazu beitragen, das Vertrauen in die Demokratie zu stärken und die politische Teilhabe der Bürger:innen zu fördern. Rechte der Tiere: Die Gemeinwohlökonomie muss jedes empfindungsfähige Lebewesen als Individuum anerkennen, das natürliche Rechte auf Unversehrtheit, Freiheit und Wohlbefinden hat. Ausbeutung und Quälerei von Tieren darf durch keine rechtlichen oder ökonomischen Ausnahmegründen mehr ermöglicht werden. Rechte der Natur: Die Gemeinwohlökonomie fördert nachhaltige Produktions- und Konsumpraktiken, die die Umwelt schützen und den Klimawandel begrenzen. Durch die Förderung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz sowie Kreislaufwirtschaft trägt sie dazu bei, die Umweltbelastung zu reduzieren und die natürlichen Ressourcen zu schonen. Die Natur muss Rechtssubjektstatus erhalten, um sie effektiv vor Eingriffen und Zerstörung bewahren zu können. Durch die Begrenzung der Klimawandelauswirkungen ist auch intergenerationale Gerechtigkeit gewährleistet. Ein wichtiges Instrument, um diese Ziele zu erreichen, ist die Gemeinwohl-Bilanzierung, welche die Tierschutzpartei im öffentlichen sowie privatwirtschaftlichen Bereich etablieren möchte. Unternehmen und Organisationen sollen sich anhand der Gemeinwohl-Bilanz messen und sich dazu verpflichten, ihre Geschäftspraktiken im Einklang mit den Prinzipien der Gemeinwohlökonomie auszurichten. Öffentliche Aufträge und Gelder sollen anhand der Gemeinwohl-Bilanzierung vergeben werden.

Begründung des Antrags:

Die Gemeinwohlökonomie setzt sich für eine nachhaltige und solidarische Wirtschaftsordnung ein. Durch die Förderung von ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Mitbestimmung und transparenten Entscheidungsprozessen kann die Gemeinwohlökonomie auf verschiedenen Ebenen dazu beitragen, die Welt im Sinne unserer ethischen Vorstellung besser zu machen und Synergien auf andere wichtige Themen in unserem Grundsatzprogramm entwickeln. Die GWÖ bietet einen Rahmen, um unsere Werte weiter zu stärken und zu fördern. Durch die Unterstützung der GWÖ könnten wir bestehenden Ziele und Forderungen im Bereich Umwelt- und Tierschutz ergänzen und erweitern.



Paula López Vicente 11089
Bundesvorsitzende



Dr. Marcel Krohn 11092
Bundesvorsitzender



Robert Gabel 10188
Bundesvorsitzender

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Der Bundesvorstand beantragt eine Ergänzung des Grundsatzprogramms unter 11.1 Innere Sicherheit:

Hinter dem Abschnitt ist folgender Text hinzuzufügen:

„Grenzpolizeien auf Landesebene sowie die (auf rassistischen Merkmalen beruhende) Schleierfahndungen in Grenzgebieten lehnen wir ab. Die sogenannte Grenzpolizei in Bayern ist unnötig, verfassungswidrig und bindet Personal, das wir dringend an anderer Stelle benötigen. „Verdachtsunabhängige Personenkontrollen“ betrachten wir generell als sehr kritisch, insbesondere aufgrund des Problems des Racial Profilings. Menschen, die Schutz benötigen, dürfen nicht zurückgedrängt werden, sondern benötigen unsere Hilfe.

Zudem brauchen wir z. B. mehr speziell qualifizierte Kräfte, die insbesondere illegalen Tierhandel verfolgen und Tiertransporte kontrollieren.“

Begründung:

Zu diesem Thema wurde die Tierschutzpartei schon oft befragt. Eine offizielle Position dazu fehlte aber bislang.

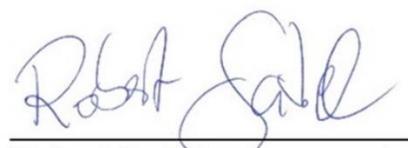
Unterschriften:



Paula López Vicente 11986
Bundesvorsitzende



Dr. Marcel Krohn 11552
Bundesvorsitzender



Robert Gabel 10180
Bundesvorsitzender



Antrag an den 46. Bundesparteitag der
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrags:

Änderungen und Ausarbeitung des Grundsatzprogramms unter dem Abschnitt
6. Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik
6.2 Klimaschutz

Antragstellend: Bundesvorstand

Antrag: Der 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern, zu ergänzen sowie neue Abschnitte hinzuzufügen:

Hinweise zum Antrag:

Die **mit grüner, dicker Schrift** geschriebenen Texte sollen so in das überarbeitete Grundsatzprogramm übernommen werden.

Nach *Abschnitt* wird der Abschnitt genannt, unter dem die Vorschläge gemäß dieses Antrags aufgeführt werden sollen. Mit **roter, dünner Schrift** wird angezeigt, unter welchem Abschnitt die genannten Sätze im Grundsatzprogramm zu finden sind.

Satz(nr.) im Original besagt, welche Nummer (Reihenfolge) die Sätze im Grundsatzprogramm unter dem angegebenen Abschnitt haben und wie sie heißen.

Änderung 1

Abschnitt:

Vorschlag:

6.2 Klimaschutz

Der Abschnitt „6.2 Klimaschutz“ bekommt einen einleitenden Text. Dieser Textabschnitt soll direkt an den Anfang von „6.2 Klimaschutz“ eingefügt werden:

Klimaschutz ist ein Grundrecht – Das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem wegweisenden Urteil am 24.März 2021 festgestellt dabei an die Schutzpflicht des Staates verwiesen. Damit erkannte das Bundesverfassungsgericht mit Blick auf die kommenden Generationen zum ersten Mal Klimaschutz als Staatsziel an.

Effektiver Klimaschutz erfordert ein entschlossenes Handeln auf individueller, nationaler und globaler Ebene. In unserem Grundsatzprogramm zum Klimaschutz legen wir daher besonderen Fokus auf die Reduzierung von Treibhausgasemissionen, den Schutz der Wälder sowie die Anpassung an die Folgen der Erderwärmung. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ ist sich der Dringlichkeit der Lage bewusst und setzen uns dafür ein, dass alle politisch Verantwortlichen sowie jede:r Einzelne einen Teil dazu beiträgt, die Erderwärmung auf ein erträgliches Maß zu begrenzen.

Begründung:

Ein einleitender Abschnitt dient dazu, auf das Thema einzustimmen und einen Überblick über die wichtigsten Inhalte und Ziele des Abschnitts zu geben, sowie das Verständnis und die Akzeptanz des Programms zu erhöhen.

.....

Änderung 2

Abschnitt:

Vorschlag:

6.2 Klimaschutz

Überschrift für Unterpunkt hinzufügen:

6.2.1 Menschenverstärkter Treibhauseffekt

Erklärung:

Nach 6.2 Klimaschutz samt Einleitung (Änderung 1) soll ein neuer Unterpunkt, *6.2.1 Menschenverstärkter Treibhauseffekt*, folgen.

Begründung:

Um die Vielschichtigkeit des Themas Klimaschutz differenziert ausführen zu können, sollten die Unterthemen in einzelnen Unterpunkten aufgeführt werden.

.....

Änderung 3

Abschnitt:

Satz(nr.) im Original:

Änderungsvorschlag:

Erklärung:

Begründung:

6.2.1 Menschenverstärkter Treibhauseffekt

(im Grundsatzprogramm: 6.2 Klimaschutz)

1. *Eine große Gefahr droht unserer Umwelt heute durch den Treibhauseffekt.*

Unserer Umwelt droht eine große Gefahr durch den menschenverstärkten Treibhauseffekt.

Syntax angepasst.

Treibhauseffekt durch *menschenverstärkten Treibhauseffekt* ausgetauscht.

Syntax wird für eine bessere Lesbarkeit und Verständlichkeit angepasst.

Der Treibhauseffekt an sich ist nicht die Ursache des menschengemachten Klimawandels. Man spricht daher in dem Kontext vom anthropogenen Treibhauseffekt, oder einfacher ausgedrückt, vom menschenverstärkten.

.....

Änderung 4

Abschnitt:

Erklärung:

Begründung:

6.2.1 Menschenverstärkter Treibhauseffekt

(im Grundsatzprogramm: 6.2 Klimaschutz)

Neuer Satz nach Satz 1 im Original::

Während der natürliche Treibhauseffekt durch das Zurückhalten der Sonneneinstrahlung in der Atmosphäre dazu führt, dass auf der Erde ein warmes und lebensfreundliches Klima herrscht, geht der menschenverstärkte Treibhauseffekt auf den verstärkten Ausstoß von Treibhausgasen durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen zurück.

Die Begriffe „natürlicher Treibhauseffekt“ und „menschenverstärkter Treibhauseffekt“ werden erklärt und gegenübergestellt.

An dieser Stelle sollten wir im Sinne der Aufklärung und Verständlichkeit unseres Programms kurz erklären, wovon wir reden.

.....

Änderung 5

Abschnitt:

6.2.1 Menschenverstärkter Treibhauseffekt (im Grundsatzprogramm: 6.2 Klimaschutz)

Satz(nr.) im Original:

2. Die globale Erwärmung um mehrere Grad, die nach Expertenmeinung eine Versteppung weiter Landstriche und einen enormen Anstieg des Meeresspiegels mit schwer wiegenden Folgen nach sich ziehen wird, kann nur noch durch ein entschlossenes Handeln aller politisch Verantwortlichen und jedes Einzelnen vermindert werden.

Änderungsvorschlag:

Das führt zu einer übermäßigen Erwärmung der Erdatmosphäre, was zu schwerwiegenden Folgen wie steigende Temperaturen, vermehrte Hitzewellen, Dürren und Waldbrände, heftigere Stürme und Überschwemmungen, sowie das Schmelzen von Gletschern am Nord- und Südpol und den Anstieg des Meeresspiegels zur Folge hat.

Um die negativen Auswirkungen zu minimieren, ist ein entschlossenes Handeln aller politisch Verantwortlichen erforderlich.

Erklärung:

Der ganze Satz wird umformuliert und in zwei Sätze aufgeteilt.

Begründung:

a: Er ist stellenweise sehr spezifisch: „*Eine Versteppung weiterer Landstriche*“ - „Versteppung“ ist kein geläufiger Begriff, „weiterer Landstriche“ setzt die Wahrnehmung über bereits stattfindender Versteppung voraus. Versteppung setzt infolge menschlicher Aktivitäten wie intensiver Landwirtschaft und Waldrodung ein, weniger direkt durch den menschenverstärkten Treibhauseffekt.

b: Er ist nicht fundiert: Es wird von einem „enormen Anstieg des Meeresspiegels“ gesprochen. Was ist ein enormer Anstieg?

c: Der Satz setzt nicht nachvollziehbar an den vorherigen (1.) an: Es ist nicht unbedingt nachvollziehbar, dass die globale Erwärmung mit dem Treibhauseffekt und dem Meeresspiegelanstieg zusammenhängt.

Änderung 6

Abschnitt:

6.2.1 Menschenverstärkter Treibhauseffekt (im Grundsatzprogramm: 6.2 Klimaschutz)

Satz(nr.) im Original:

3. Für die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ – Tierschutzpartei – ist die weltweite Bekämpfung des Treibhauseffektes und des Klimawandels ein vordringliches Ziel in der Umweltpolitik.

4. Daher fordern wir den Klimaschutz mit einem eigenen Artikel in das Grundgesetz aufzunehmen.

Änderungsvorschlag:

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ - Tierschutzpartei - setzt sich für die Bekämpfung des menschenverstärkten Treibhauseffekts und der Klimakrise ein und fordert die Aufnahme des Klimaschutzes in das Grundgesetz.

Erklärung + Begründung:

a. Zwei Sätze (3. und 4.) werden zusammengefasst und so umformuliert, dass die Aussage verständlicher ist.

b. *Treibhauseffekt* wird durch *menschenverstärkter Treibhauseffekt* ersetzt.

c. „*weltweite Bekämpfung*“ wird durch „*Bekämpfung*“ ersetzt, da erstere Formulierung eine aktive globale Bestrebung der Tierschutzpartei suggeriert.

d. „*Klimawandel*“ wird durch „*Klimakrise*“ ersetzt, um die Tragweite der globalen Erwärmung zu verdeutlichen.

.....

Änderung 7

Abschnitt:

6.2.1 Menschenverstärkter Treibhauseffekt
(im Grundsatzprogramm: 6.2 Klimaschutz)

Satz(nr.) im Original:

5. Wir schlagen folgende Formulierung vor:

Änderungsvorschlag:

Die Partei schlägt folgende Formulierung vor:

Erklärung:

Vorschlag, an der Stelle nicht aus der Wir-Perspektive zu sprechen.

Begründung:

Den Leser*innen ist nicht klar, wer „wir“ ist und es könnte suggerieren, dass die Autor:innen des Grundsatzprogramms nicht Teil der Partei sind.

.....

Änderung 8

Abschnitt:

6.2.1 Menschenverstärkter Treibhauseffekt
(im Grundsatzprogramm: 6.2 Klimaschutz)

Satz(nr.) im Original:

7. Ein Schuldenerlass soll die armen Länder dazu bewegen, die Flächenrodungen zu beenden, um die zum Abbau des Kohlendioxids unverzichtbaren großen Waldgebiete der Erde zu retten.

Änderungsvorschlag:

Ein Schuldenerlass soll die Länder des globalen Südens, die besonders unter der Klimakrise und seinen katastrophalen Auswirkungen leiden, im Sinne der Klimagerechtigkeit dabei unterstützen, die Folgen der Klimakrise abzufedern und ihre Entwicklungsziele zu erreichen.

Erklärung:

Der Satz wird umformuliert

Begründung:

- a. Ein Schuldenerlass ist besonders für den Wiederaufbau nach Naturkatastrophen nötig.
 - b. Es sollte hierbei auf den Begriff der Klimagerechtigkeit verwiesen werden.
 - c. Kohlendioxid wird nicht abgebaut, er wird gebunden. Allerdings muss man an dieser Stelle nicht auf das Thema CO₂-Speicherung verweisen.
-

Änderung 9

Abschnitt:

6.2.1 Menschenverstärkter Treibhauseffekt
(im Grundsatzprogramm: 6.2 Klimaschutz)

Änderungsvorschlag:

Die Sätze nach Satz 7. im Original werden aus diesem Abschnitt gestrichen und auf andere Abschnitte verschoben.

Begründung:

Die Problematik des menschenverstärkten Treibhauseffekts und der politische Wille, ihn zu bekämpfen, sind hinreichend dargelegt.

.....

Änderung 10

Abschnitt:

6.2.1 Menschenverstärkter Treibhauseffekt
(im Grundsatzprogramm: 6.2 Klimaschutz)

Änderungsvorschlag:

Ein neuer Abschnitt **6.2.2 Wälder und Wiederaufforstung** soll dem Abschnitt 6.2 Klimaschutz hinzugefügt werden.

Begründung:

Der im Original auf Satz 7 folgende Abschnitt über Wälder und Wiederaufforstung sollte aufgrund seiner Relevanz einzeln werden.

Änderung 11

Abschnitt:

6.2.2 Wälder und Wiederaufforstung
(im Grundsatzprogramm: 6.2 Klimaschutz)

Satz(nr.) im Original:

8. Auch die europäischen Länder müssen zur Aufforstung und zum Schutz bestehender Wälder verpflichtet werden.
9. Wer von anderen Ländern erwartet, dass sie ihre Regenwälder schützen, muss auch selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Änderungsvorschlag:

Satz 8 und Satz 9 streichen und ersetzen durch:

1. Wälder sind von grundlegender Bedeutung für unser Klima und Ökosystem.
2. Sie produzieren Sauerstoff, binden Kohlenstoff und regulieren das Klima in der Atmosphäre und den Wasserhaushalt im Boden.
3. Darüber hinaus bieten sie einen hohen Erholungswert, schaffen eine hohe Identifizierung mit der Natur und sind Heimat für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten.
4. Wälder haben auch eine wichtige wirtschaftliche Funktion, da sie den umweltfreundlichen und CO₂-neutralen Rohstoff Holz liefern.
5. Gesunden Wäldern kommt besonders wegen ihrer CO₂-bindenden und klimaregulierenden Eigenschaften bei der Bewältigung der Klimakrise eine Schlüsselrolle zu.
6. Der Erhalt und die Wiederherstellung natürlicher Wälder und die Pflege wirtschaftlich genutzter Forste sind daher für die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ von größter Bedeutung.
7. Dazu gehört eine Verpflichtung zur Unterschutzstellung von Flächen, auf denen sich Wälder natürlich entwickeln können mit einem Mindestanteil von 5 % der Landesfläche.
8. In Deutschland machen Wälder und Forste rund ein Drittel der Landfläche aus.
9. Allerdings sind diese stark von verschiedenen Problemen betroffen.
10. Aufgrund des fortschreitenden Klimawandels, der zu höheren Temperaturen und längeren Trockenperioden führt, sowie einer jahrhundertlang praktizierten nicht nachhaltigen Forstwirtschaft sind die Wälder in einem schlechten Zustand.
11. Austrocknung, Waldbrände und Schädigung durch Insekten wie z.B. den Borkenkäfer stellen eine akute Bedrohung für sie dar.
12. Um diese Probleme zu lösen, sind verschiedene Maßnahmen erforderlich.
13. Von großer Bedeutung ist die Förderung von klimaresilienten Baumarten und die Anpassung der Waldbewirtschaftung an neue klimatische Bedingungen.
14. Auch der Waldumbau hin zu naturnahen Mischwäldern und nachhaltigen Mischforsten trägt dazu bei, die Wälder zu erhalten und ihre Widerstandsfähigkeit zu erhöhen.
15. Ein weiterer Ansatz ist die aktive Überwachung und Verhinderung von Schäden ohne den Einsatz von Pestiziden, beispielsweise durch gezielte Forstschutzmaßnahmen.

Begründung:

Satz 8 und 9 entsprechen nicht einer konstruktiven, pragmatischen und lösungsorientierten Ausdrucksform.
Es fehlt inhaltliches zur Bedeutung von Wald und Waldschutz.

Änderung 12

Abschnitt:

6.2 Klimaschutz

Satz(nr.) im Original:

10. Dass in Deutschland weniger als 5 % der Landesfläche unter Naturschutz stehen, während es in Kuba z. B. 22 % sind, ist beschämend und dringend zu ändern.

Änderungsvorschlag:

Satz streichen

Begründung:

Der Vergleich ist nicht nachvollziehbar und willkürlich.
Er entspricht nicht einer konstruktiven, pragmatischen und lösungsorientierten Ausdrucksform.

.....

Änderung 12.5

Abschnitt:

6.2.3 Landwirtschaftliche Tierhaltung und Klima

Änderungsvorschlag:

Ein neuer Abschnitt 6.2.3 soll dem Abschnitt 6.2 Klimaschutz hinzugefügt werden

..... **Änderung 13**

Abschnitt:

6.2.3 Landwirtschaftliche Tierhaltung und Klima
(im Grundsatzprogramm: 6.2 Klimaschutz)

Satz(nr.) im Original:

- 13. Die Massentierhaltung ist einer der größten Klimakiller.
- 14. Sie ist für 18 bis 51 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich (je nach Studie) und damit für mehr als der komplette weltweite Verkehr.

Änderungsvorschlag:

- 1. Die landwirtschaftliche Tierhaltung ist einer der größten Verursacher von Treibhausgasemissionen.**
- 2. Je nach Studie ist sie für 14% bis über 50% der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich.**
- 3. In Deutschland sind es laut Umweltbundesamt ein Anteil von über 5% der Gesamtemissionen und 70% der landwirtschaftlichen Emissionen.**

Begründung:

- 1. „Klimakiller“ ist Umgangssprache.
- 2. aktualisierte Zahlen
- 3. Zahlen für Deutschland hinzugefügt

..... **Änderung 14**

Abschnitt:

6.2 Klimaschutz

Satz(nr.) im Original:

- 16. Auch die Verbrennung fossiler Rohstoffe trägt maßgeblich zum Klimawandel bei.
- 17. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung soll daher bis 2030 durch entsprechendes Bundesgesetz (ähnlich wie der Atomausstieg) erreicht werden.
- 18. Alternativen in Form von erneuerbaren Energien und neuen Antriebssystemen für Kraftfahrzeuge etc. wollen wir staatlich stärker fördern (s. auch Punkt 5.5 und Punkt 5.6).
- 19. Dem Energiesparen kommt ebenfalls größte Bedeutung zu.
- 20. Ebenso aus Klima- (und Tier- und Menschenschutz-Gründen) plädieren wir für das Ersetzen von Böllerei und Feuerwerk zu Silvester und anderen Anlässen durch bessere Alternativen, worunter Anwohner:innen und sowohl Wild- als auch „Haus“Tiere und die Umwelt so wenig wie möglich leiden.
- 21. Wir plädieren für moderne, nachhaltige Wege, Ereignisse mit ungetrübtem Spaß für alle zu feiern – statt alte, überholte Traditionen zu pflegen.

Änderungsvorschlag:

Satz 16. bis 21. streichen

Begründung:

Hier werden viele Themen angerissen:
- fossile Rohstoffe

- Ausstieg aus der Kohleenergie
 - nachhaltige Mobilität
 - Energiesparen
 - Feuerwerk
- und andere.

Die Forderungen wirken zufällig platziert und sind nicht weiter ausgeführt. Sprachlich wird der Teil gegen Ende wertend („*bessere Alternativen*“) und umgangssprachlich („Böllerei“).

Änderung 15

Abschnitt:

6.2.4 Natürlicher Klimaschutz

Änderungsvorschlag:

Ein neuer Abschnitt soll nach Abschnitt 6.2.3 *Landwirtschaftliche Tierhaltung und Klima* folgen.

Er soll folgende Sätze beinhalten:

1. **Natürlicher Klimaschutz umfasst Maßnahmen, die dazu beitragen, CO₂ aus der Atmosphäre zu entfernen, um damit den Treibhauseffekt zu reduzieren.**
2. **In Deutschland sind natürliche und extensiv genutzte Ökosysteme wichtige Faktoren, die zum natürlichen Klimaschutz beitragen können.**
3. **Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ stellt in Bezug zum Natürlichen Klimaschutz folgende politische Forderungen auf:**
4. **- Erhaltung und Schutz von Wäldern, Mooren, Grünland und Grasland sowie anderen natürlichen und naturnahen Ökosystemen, um ihre Natur- und Klimaschutzfunktion zu erhalten.**
5. **- Förderung von nachhaltiger Forstwirtschaft und ökologischer Landwirtschaft, die die Kohlenstoffbindung im Boden erhöhen und den Einsatz von Chemikalien reduzieren.**
6. **- Unterstützung von Maßnahmen zur Wiederherstellung von degradierten Ökosystemen wie der Wiedervernässung von Mooren und der Aufforstung von Wäldern.**
7. **- Einbeziehung des natürlichen Klimaschutzes in kommunale Klimaschutzstrategien und -pläne, um den Beitrag natürlicher Ökosysteme zur Emissionsreduzierung und Kohlenstoffbindung zu optimieren.**
8. **- Förderung von Forschung und Innovationen im Bereich des natürlichen Klimaschutzes, um die Effektivität und Effizienz von Maßnahmen zu evaluieren und zu verbessern.**

Änderung 16

Abschnitt:

6.2.5 Klimafolgenanpassung

Änderungsvorschlag:

Ein neuer Abschnitt soll nach Abschnitt 6.2.4 *Natürlicher Klimaschutz* folgen.

Er soll folgende Sätze beinhalten:

1. **Die Folgen der Erderwärmung und der Klimakrise sind auf der ganzen Welt, so auch in Deutschland spürbar.**
2. **Deshalb ist es wichtig, Maßnahmen zur Anpassung an die bereits unvermeidbaren Folgen zu ergreifen.**
3. **Hierfür sollten finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um beispielsweise den Hochwasserschutz zu erhöhen, uns vor Wärmebelastung zu schützen, Kanalisationen anzupassen oder auch um die Wälder widerstandsfähiger gegen Dürren und Schäden durch Tiere oder andere Lebewesen zu machen.**
4. **Dabei sind alle gesellschaftlichen Akteure gefragt: Die Politik, Kommunen, Unternehmen, Privatpersonen und Initiativen.**
5. **Der Austausch und Wissenstransfer und eine effektive Zusammenarbeit muss angestrebt werden.**
6. **Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen, Wissenschaft und Praxis sollte ebenfalls angestrebt werden, um effektive Maßnahmen für eine erfolgreiche Anpassung an die Folgen der Klimakrise umzusetzen.**

Übersicht

Aktuelle Fassung im Grundsatzprogramm (Reihenfolge der Satznummern bezieht sich auf den Punkt 6.2 Klimaschutz)	Änderungsvorschlag (Reihenfolge der Satznummern bezieht sich auf den Punkt 6.2 Klimaschutz)
6.2. Klimaschutz	6.2. Klimaschutz
<ol style="list-style-type: none"> 1. Eine große Gefahr droht unserer Umwelt heute durch den Treibhauseffekt. 2. Die globale Erwärmung um mehrere Grad, die nach Expertenmeinung eine Versteppung weiter Landstriche und einen enormen Anstieg des Meeresspiegels mit schwer wiegenden Folgen nach sich ziehen wird, kann nur noch durch ein entschlossenes Handeln aller politisch Verantwortlichen und jedes Einzelnen vermindert werden. 3. Für die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ – Tierschutzpartei – ist die weltweite Bekämpfung des Treibhauseffektes und des Klimawandels ein vordringliches Ziel in der Umweltpolitik. 4. Daher fordern wir den Klimaschutz mit einem eigenen Artikel in das Grundgesetz aufzunehmen. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Klimaschutz ist ein Grundrecht – Das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem wegweisenden Urteil am 24.März 2021 festgestellt dabei an die Schutzpflicht des Staates verwiesen. 2. Damit erkannte das Bundesverfassungsgericht mit Blick auf die kommenden Generationen zum ersten Mal Klimaschutz als Staatsziel an. 3. Effektiver Klimaschutz erfordert ein entschlossenes Handeln auf individueller, nationaler und globaler Ebene. 4. In unserem Grundsatzprogramm zum Klimaschutz legen wir daher besonderen Fokus auf die Reduzierung von Treibhausgasemissionen, den Schutz der Wälder sowie die Anpassung an die Folgen der Erderwärmung. 5. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ ist sich der Dringlichkeit der Lage bewusst und setzt sich dafür ein, dass alle politisch Verantwortlichen sowie jede:r Einzelne einen Teil dazu beiträgt, die Erderwärmung auf ein erträgliches Maß zu begrenzen. <p>6.2.1 Menschenverstärkter Treibhauseffekt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Unserer Umwelt droht eine große Gefahr durch den menschenverstärkten Treibhauseffekt. 2. Während der natürliche Treibhauseffekt durch das Zurückhalten der Sonneneinstrahlung in der Atmosphäre dazu führt, dass auf der Erde ein warmes und lebensfreundliches Klima herrscht, geht der menschenverstärkte Treibhauseffekt auf den verstärkten Ausstoß von Treibhausgasen durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen zurück. 3. Das führt zu einer übermäßigen Erwärmung der Erdatmosphäre, was zu schwerwiegenden Folgen wie steigende Temperaturen, vermehrte Hitzewellen, Dürren und Waldbrände, heftigere Stürme und Überschwemmungen, sowie das Schmelzen von Gletschern am Nord- und Südpol und den Anstieg des Meeresspiegels zur Folge hat. 4. Um die negativen Auswirkungen zu minimieren, ist ein entschlossenes Handeln aller politisch Verantwortlichen erforderlich. 5. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ - Tierschutzpartei - setzt sich für die Bekämpfung des menschenverstärkten Treibhauseffekts und der Klimakrise ein und fordert die Aufnahme des Klimaschutzes in das Grundgesetz.

Übersicht

Aktuelle Fassung im Grundsatzprogramm (Reihenfolge der Satznummern bezieht sich auf den Punkt 6.2 Klimaschutz)	Änderungsvorschlag (Reihenfolge der Satznummern bezieht sich auf den Punkt 6.2 Klimaschutz)
<p>5. Wir schlagen folgende Formulierung vor:</p> <p>6. „Es ist die Aufgabe des Staates, vor allem im Hinblick auf die kommenden Generationen, der durch Menschen verursachten Klimaerwärmung im Rahmen seiner gesetzlichen Möglichkeiten entgegenzuwirken.“</p> <p>7. Ein Schuldenerlass soll die armen Länder dazu bewegen, die Flächenrodungen zu beenden, um die zum Abbau des Kohlendioxids unverzichtbaren großen Waldgebiete der Erde zu retten.</p> <p>8. Auch die europäischen Länder müssen zur Aufforstung und zum Schutz bestehender Wälder verpflichtet werden.</p> <p>9. Wer von anderen Ländern erwartet, dass sie ihre Regenwälder schützen, muss auch selbst mit gutem Beispiel vorangehen.</p> <p>10. Dass in Deutschland weniger als 5 % der Landesfläche unter Naturschutz stehen, während es in Kuba z. B. 22 % sind, ist beschämend und dringend zu ändern.</p>	<p>6. Die Partei schlägt folgende Formulierung vor:</p> <p>7. „Es ist die Aufgabe des Staates, vor allem im Hinblick auf die kommenden Generationen, der durch Menschen verursachten Klimaerwärmung im Rahmen seiner gesetzlichen Möglichkeiten entgegenzuwirken.“</p> <p>8. Ein Schuldenerlass soll die Länder des globalen Südens, die besonders unter der Klimakrise und seinen katastrophalen Auswirkungen leiden, im Sinne der Klimagerechtigkeit dabei unterstützen, die Folgen der Klimakrise abzufedern und ihre Entwicklungsziele zu erreichen.</p> <p>6.2.2 Wälder und Waldumbau</p> <p>9. Wälder sind von enormer Bedeutung für unser Klima und Ökosystem.</p> <p>10. Sie produzieren Sauerstoff, binden Kohlenstoff und regulieren das Klima in der Atmosphäre und den Wasserhaushalt im Boden.</p> <p>11. Sie eine Heimat für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten und tragen zur Erhaltung der Biodiversität bei.</p> <p>12. Wälder haben auch eine wichtige wirtschaftliche Funktion, da sie Rohstoffe wie Holz und andere Waldprodukte liefern und als Erholungsraum für die Bevölkerung dienen.</p> <p>13. Gesunden Wäldern kommen besonders wegen ihrer CO2-bindenden und klimaregulierenden Eigenschaften bei der Bewältigung der Klimakrise eine besonders entscheidende Rolle zu.</p> <p>14. Ihr Erhalt und ihre Pflege ist daher unabdingbar und ein höchstes Naturschutzziel der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ.</p> <p>15. In Deutschland machen Wälder und Forste rund ein Drittel der Landfläche aus.</p> <p>16. Allerdings sind die Wälder und Forste in Deutschland stark von verschiedenen Problemen betroffen.</p> <p>17. Aufgrund des fortschreitende Klimawandels, der zu höheren Temperaturen und längeren Trockenperioden führt, sowie einer jahrhundertelangen unnachhaltigen Forstwirtschaft sind die Wälder in einem schlechten Zustand.</p> <p>18. Austrocknung, Waldbrände und Schädigung durch Insekten wie z.B. den Borkenkäfer stellen eine akute Bedrohung für sie dar.</p> <p>19. Um diese Probleme zu lösen, sind verschiedene Maßnahmen erforderlich.</p>

Übersicht

Aktuelle Fassung im Grundsatzprogramm (Reihenfolge der Satznummern bezieht sich auf den Punkt 6.2 Klimaschutz)	Änderungsvorschlag (Reihenfolge der Satznummern bezieht sich auf den Punkt 6.2 Klimaschutz)
<p>11. Die Massentierhaltung ist einer der größten Klimakiller.</p> <p>12. Sie ist für 18 bis 51 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich (je nach Studie) und damit für mehr als der komplette weltweite Verkehr.</p> <p>13. Daher ist es nicht nur aus ethischer Betrachtung, sondern auch aus Klimaschutzsicht eine der dringlichsten Aufgaben, sie zu beenden.</p> <p>14. Deshalb fordern wir eine Erhöhung der Besteuerung von Fleisch- und Molkereiprodukten sowie von Eiern zunächst auf den üblichen MwSt-Satz von 19 % und dann weiter steigend, sodass die tatsächlich der Volkswirtschaft entstehenden Kosten durch Umwelt- und Klimaschäden sowie im Gesundheitsbereich abgedeckt werden.</p> <p>15. Gleichzeitig soll die MwSt. für pflanzliche Lebensmittel gesenkt werden.</p> <p>16. Auch die Verbrennung fossiler Rohstoffe trägt maßgeblich zum Klimawandel bei.</p> <p>17. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung soll daher bis 2030 durch entsprechendes Bundesgesetz (ähnlich wie der Atomausstieg) erreicht werden.</p> <p>18. Alternativen in Form von erneuerbaren Energien und neuen Antriebssystemen für Kraftfahrzeuge etc. wollen wir staatlich stärker fördern (s. auch Punkt 5.5 und Punkt 5.6).</p> <p>19. Dem Energiesparen kommt ebenfalls größte Bedeutung zu.</p> <p>20. Ebenso aus Klima- (und Tier- und Menschenschutz-Gründen) plädieren wir für das Ersetzen von Böllerei und Feuerwerk zu Silvester und anderen Anlässen durch bessere Alternativen, worunter Anwohner:innen und sowohl Wild- als auch „Haus“Tiere und die Umwelt so wenig wie möglich leiden.</p> <p>21. Wir plädieren für moderne, nachhaltige Wege, Ereignisse mit ungetrübtem Spaß für alle zu feiern – statt alte, überholte Traditionen zu pflegen.</p>	<p>6.2.3 Landwirtschaftliche Tierhaltung und Klima</p> <p>20. Die landwirtschaftliche Tierhaltung ist einer der größten Verursacher von Treibhausgasemissionen.</p> <p>21. Je nach Quelle ist sie für 14% bis über 50% der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich.</p> <p>22. In Deutschland sind es laut Umweltbundesamt ein Anteil von über 5% der Gesamt-Emissionen und 70% der landwirtschaftlichen Emissionen.</p> <p>23. Daher ist es nicht nur aus ethischer Betrachtung, sondern auch aus Klimaschutzsicht eine der dringlichsten Aufgaben, sie zu beenden.</p> <p>24. Deshalb fordern wir eine Erhöhung der Besteuerung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der Tierhaltung zunächst auf den üblichen MwSt-Satz von 19 % und dann weiter steigend, sodass die tatsächlich der Volkswirtschaft entstehenden Kosten durch Umwelt- und Klimaschäden sowie im Gesundheitsbereich abgedeckt werden.</p> <p>25. Gleichzeitig soll angestrebt werden, die MwSt. für pflanzliche Lebensmittel gesenkt werden.</p> <p>26. Auch die Verbrennung fossiler Rohstoffe trägt maßgeblich zum Klimawandel bei.</p> <p>27. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung soll daher bis 2030 durch entsprechendes Bundesgesetz (ähnlich wie der Atomausstieg) erreicht werden.</p> <p>28. Alternativen in Form von erneuerbaren Energien und neuen Antriebssystemen für Kraftfahrzeuge etc. wollen wir staatlich stärker fördern (s. auch Punkt 5.5 und Punkt 5.6).</p> <p>29. Dem Energiesparen kommt ebenfalls größte Bedeutung zu.</p> <p>30. Ebenso aus Klima- (und Tier- und Menschenschutz-Gründen) plädieren wir für das Ersetzen von Böllerei und Feuerwerk zu Silvester und anderen Anlässen durch bessere Alternativen, worunter Anwohner:innen und sowohl Wild- als auch „Haus“Tiere und die Umwelt so wenig wie möglich leiden.</p> <p>31. Wir plädieren für moderne, nachhaltige Wege, Ereignisse mit ungetrübtem Spaß für alle zu feiern – statt alte, überholte Traditionen zu pflegen.</p>

Übersicht

Aktuelle Fassung im Grundsatzprogramm	Änderungsvorschlag (Reihenfolge der Satznummern bezieht sich auf den Punkt 6.2.4 Natürlicher Klimaschutz)
	<p>6.2.4 Natürlicher Klimaschutz</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Natürlicher Klimaschutz umfasst Maßnahmen, die dazu beitragen, CO₂ aus der Atmosphäre zu entfernen, um damit den Treibhauseffekt zu reduzieren. 2. In Deutschland sind natürliche und extensiv genutzte Ökosysteme wichtige Faktoren, die zum natürlichen Klimaschutz beitragen können. 3. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ stellt in Bezug zum Natürlichen Klimaschutz folgende politische Forderungen auf: 4. - Erhaltung und Schutz von Wäldern, Mooren, Grünland und Grasland sowie anderen natürlichen und naturnahen Ökosystemen, um ihre Natur- und Klimaschutzfunktion zu erhalten. 5. - Förderung von nachhaltiger Forstwirtschaft und ökologischer Landwirtschaft, die die Kohlenstoffbindung im Boden erhöhen und den Einsatz von Chemikalien reduzieren. 6. - Unterstützung von Maßnahmen zur Wiederherstellung von degradierten Ökosystemen wie der Wiedervernässung von Mooren und der Aufforstung von Wäldern. 7. - Einbeziehung des natürlichen Klimaschutzes in kommunale Klimaschutzstrategien und -pläne, um den Beitrag natürlicher Ökosysteme zur Emissionsreduzierung und Kohlenstoffbindung zu optimieren. 8. - Förderung von Forschung und Innovationen im Bereich des natürlichen Klimaschutzes, um die Effektivität und Effizienz von Maßnahmen zu evaluieren und zu verbessern. <p>6.2.5 Klimafolgenanpassung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Folgen der Erderwärmung und der Klimakrise sind auf der ganzen Welt, so auch in Deutschland spürbar. 2. Deshalb ist es wichtig, Maßnahmen zur Anpassung an die bereits unvermeidbaren Folgen zu ergreifen. 3. Hierfür sollten finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um beispielsweise den Hochwasserschutz zu erhöhen, uns vor Wärmebelastung zu schützen, Kanalisationen anzupassen oder auch um die Wälder widerstandsfähiger gegen Dürren und Schäden durch Tiere oder andere Lebewesen zu machen. 4. Dabei sind alle gesellschaftlichen Akteure gefragt: 5. Die Politik, Kommunen, Unternehmen, Privatpersonen und Initiativen. 6. Der Austausch und Wissenstransfer und eine effektive Zusammenarbeit muss angestrebt werden. 7. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen, Wissenschaft und Praxis sollte ebenfalls angestrebt werden, um effektive Maßnahmen für eine erfolgreiche Anpassung an die Folgen der Klimakrise umzusetzen.

Begründung:


Klimaschutz ist für unsere Partei von zentraler Bedeutung, weshalb wir unser Grundsatzprogramm noch weiter ausbauen möchten, sodass unsere klimaschutzpolitischen Kompetenzen definiert und öffentlich transportiert werden.



Paula López Vicente 11886
Bundesvorsitzende



Dr. Marcel Krohn 11552
Bundesvorsitzender



Robert Gabel 10188
Bundesvorsitzender

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Der Bundesvorstand beantragt eine Ergänzung des Grundsatzprogramms unter 7.3:

Dem Kapitel ist ein Abschnitt „7.3.6 Quoten auf Parteilisten“ hinzuzufügen:

"Um eine angemessene Repräsentanz aller geschlechtlichen Identitäten im politischen Raum zu gewährleisten, befürworten wir wahlrechtliche Vorgaben zur gleichmäßigen Berücksichtigung von Männern, die als solche geboren wurden und sich als solche identifizieren, sowie Personen, die entweder nicht als Mann geboren wurden oder sich nicht als solche identifizieren. Dadurch sollen also nicht nur „Frauenquoten“, sondern mehr Gerechtigkeit für alle Menschen erreicht werden. Hierbei sind verfassungsrechtliche Vorgaben zu berücksichtigen und bspw. vorerst Regelungen zur Erreichung des Ziels über die Parteienfinanzierung zu treffen, wie es in Frankreich geregelt ist."

Begründung:

Zu diesem Thema wurde die Tierschutzpartei schon oft befragt. Eine offizielle Position dazu fehlte aber bislang.

Unterschriften:



Paula López Vicente
Bundesvorsitzende



Dr. Marcel Krohn
Bundesvorsitzender



Robert Gabel
Bundesvorsitzender



Antrag an den 4. Bundesparteitag der
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrags: Sterbehilfe

Antragsteller: Landesvorstand Baden-Württemberg

Antrag: Der Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen, das Grundsatzprogramm der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ um den Punkt 8.7 zu erweitern:

„8.7 Sterbehilfe

Wir befürworten die Einführung der aktiven Sterbehilfe nach niederländischem Vorbild. Dieses gestattet Ärzt:innen die Begleitung der Patient:innen bei der aktiven Sterbehilfe unter folgenden Bedingungen: Bei der/dem Patient:in muss ohne Zweifel ein Wunsch zur Beendigung des eigenen Lebens festgestellt werden und ein unerträgliches und aussichtsloses Leiden bestehen. Auch müssen sich die Menschen ihrer Situation bewusst sein sowie alle weiteren Behandlungsmöglichkeiten ablehnen. Zudem muss bei der Überprüfung der genannte Kriterien ein/e weitere/r unabhängige:r Ärzt:in zu derselben Auffassung kommen. Die Sterbehilfe muss durch eine/n Ärzt:in vorgenommen werden.“

Begründung: Nicht nur ein würdiges Leben, sondern auch ein würdiges Sterben ist ein essenzielles Menschenrecht. Wenn ein Mensch keine Lebensqualität mehr hat und permanent leidet ohne die Aussicht auf Verbesserung der Situation, so sollte auch unter strengen Bedingungen die Möglichkeit bestehen, über das eigene Lebensende selbst entscheiden zu dürfen.

Vorsitzender (Bastian Röhm)

Geschäftsführerin (Miriam Broux)



Antrag an den 46. Bundesparteitag der
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrags: Femizide und Gewaltprävention

Antragsteller: Landesvorstand Baden-Württemberg

Antrag: Der Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen, das Grundsatzprogramm der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ um den Punkt 7.5 zu erweitern:

7.5 Femizide und Gewaltprävention

Beziehungsgewalt ist kein privates, sondern ein gesellschaftliches Problem, welches nicht länger als „Familiendrama“ bagatellisiert werden darf. Den Tätern wird zu 95% volle Schuldfähigkeit zugesprochen. In Deutschland wird jeden 3. Tag ein Femizid-Mord begangen. Jeden zweiten Tag überlebt eine Frau den Anschlag, die danach mit Traumata und hohen Folgekosten belastet ist. Ihre meist gemeinsamen Kinder sind oft Zeugen des Mordes oder werden zu 20% ebenso zum Tötungsopfer.

Gewalt gegen Frauen ist eine der am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen. Aufgrund von Straflosigkeit, Scham und patriarchalen Strukturen bis hin zum Bundesgerichtshof wird diese jedoch häufig nicht geahndet, geschweige denn angezeigt (nur 8%). Hiervon führen nur 2% zur Verurteilung.

Ein Drittel aller Frauen und Mädchen erlebt in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Gewalt; die Hälfte der weltweit getöteten Frauen wurde von ihren Partnern oder ihrer Familie getötet. So wird weltweit das eigene Zuhause für jede vierte Frau der gefährlichste Ort.

Gewalt manifestiert sich in physischen, sexuellen und psychischen Formen. Die Konsequenzen: Abtreibungen, Depressionen, lebenslange Angststörungen.

So hat geschlechtsspezifische Gewalt, welche zu 85% von Männern ausgeht, nicht nur negative Auswirkungen für die einzelnen Betroffenen, sondern auch innerhalb der Familie, der Gemeinschaft und auf wirtschaftlicher Ebene.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert Prävention durch:

- Konsequente Umsetzung der Istanbul Konvention, welche das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung & Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ beinhaltet.
- Sofortige Anwendung der Gefährdungs-Skala GSB (Gewalt in sozialen Beziehungen) in allen 16 Bundesländern, statt nur in 4.
- Die bundeseinheitliche Regelung zur Finanzierung von Frauenhäusern, es fehlen über 14.000 Plätze.
- Die Etablierung von Notruftelefonen für gefährdete Frauen
- Juristische Korrektur: Trennungstötung ist Mord und kein Totschlag, welcher im Affekt passiert. Frauen darf keine Mitschuld an der Tat, aufgrund ihres Verhaltens, vorgeworfen werden.
- a) Aufgrund der Beweiserleichterung muss eine **Gewalttat innerhalb 6 Wochen gerichtlich verhandelt werden** (Vorbild Spanien). Sofort ein möglicher Handabrieb polizeilich und medizinisch beim Tatverdächtigen begutachtet werden plus erlaubtem Bodycam-Einsatz der Polizei bei häuslicher Gewalt.
- b) **Krankhafte Zwangskontrolle vom Partner** (Handy-, Post-, soziale Kontrolle, Stalking etc.) unter Strafe gestellt werden. In GB: bis zu 5 Jahre Gefängnis, da dies bewiesene Femizid-Vorläufer sind und die Frauen in Angst gefangen hält.
- Sensibilisierungs-Kampagnen zur Enttabuisierung von Gewalt an Frauen, Kindern und LGBTQIA+ Minderheiten sowie die Verschärfung des Strafrechts zum besonderen Schutz auch für Homosexuelle und Trans-Personen.
- Arbeit auch für und mit potenziellen Tätern.
- Überwachung wiederholter Gewalttäter durch elektronische Fußfessel

Begründung: Ein Mord „passiert“ nicht, er wird begangen. Femizide sind Mord und kein Totschlag. Gewalt gegen Frauen ist ein gesellschaftliches Problem, das zu oft tabuisiert wird. Häusliche- und speziell Gewalt gegen Frauen braucht mehr Öffentlichkeit und Prävention zu der wir uns als Partei klar positionieren müssen.

Vorsitzender (Bastian Röhms)

Geschäftsführerin (Miriam Broux)



Tierschutzpartei, LV Niedersachsen
Geschäftsstelle: S. Berghoff, Schützenstraße 18, 27624 Geestland

Landesverband Niedersachsen
Vorsitzende
Susanne Berghoff
Schützenstraße 18
27624 Geestland-Großenhain
Tel.: 04765 4443756
Mobil: 0170 5853670
Mail: susanne-berghoff@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de

Bundesgeschäftsstelle der
Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Antrag an den 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrags: Ergänzung des Grundsatzprogramms unter „12.1. Außenpolitik allgemein“

Antragsteller: Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen

Unter den Satz „Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz - Tierschutzpartei - setzt sich dafür ein, dass“ wird als dritter Punkt (also nach den Worten „zur Verfügung steht,“) Folgendes eingefügt:

„die Bundesrepublik Deutschland die militärischen Strukturen der NATO verlässt und im Rahmen von EU, OSZE und UNO auf eine friedliche, multipolare Weltordnung hinarbeitet. Das Grundgesetz wird in Art. 24 Abs. 2 entsprechend angepasst.“

Begründung: Die Tierschutzpartei hat schon seit langem eine Positionierung („Sicherheitspolitik“) auf ihrer Website, in der deutlich gemacht wird, dass die Partei für ein Verlassen der militärischen Strukturen der NATO eintritt. Genau dies ist auch die logische Konsequenz aus anderen Forderungen im Grundsatzprogramm wie beispielsweise der Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr oder dem konsequenten Eintreten für Verhandlungslösungen. Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 hieß es zudem: „Wir lehnen die logistische Unterstützung von Kriegen durch ausländische Luftwaffenstützpunkte auf deutschem Boden ab.“ Und: „Wir möchten den Abzug aller Atomwaffen von deutschem Boden.“

In einer Welt, in der der globale Süden zu Recht eine gewichtigere Rolle spielen will, verlieren die USA ihren Status als einzige Supermacht und werden auch nicht mehr länger als „Weltpolizist“ auftreten können oder wollen. Ohne die freundschaftlichen Beziehungen zu den USA aufzugeben, ist es für die weltweite Sicherheit und eine gerechtere Weltordnung dienlicher, wenn sich Deutschland in Übereinstimmung mit den anderen EU-Staaten auf einen strategischen Kurs besinnt, der losgelöst ist von USA und NATO und zudem streng defensiv ausgerichtet sein soll.

Susanne Berghoff
Vorsitzende

Susanne Knels
Schriftführerin



Tierschutzpartei, LV Niedersachsen
Geschäftsstelle: S. Berghoff, Schützenstraße 18, 27624 Geestland

Bundesgeschäftsstelle der
Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Landesverband Niedersachsen
Vorsitzende

Susanne Berghoff

Schützenstraße 18
27624 Geestland-Großenhain

Tel.: 04765 4443756

Mobil: 0170 5853670

Mail: susanne-berghoff@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de

Antrag an den 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrags: Ersetzung des Aussagenkatalogs im Zusammenhang mit dem Mitgliedsantrag

Antragsteller: Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen

Der Aussagenkatalog und der vorangestellte Einleitungstext („Mit einer Parteimitgliedschaft drückst du...folgenden Aussagen zustimmst.“) im Zusammenhang mit dem Mitgliedsantrag werden gestrichen und durch folgenden Text ersetzt:

„Mit einer Parteimitgliedschaft drückst du deine Unterstützung für die wesentlichen Werte unseres Grundsatzprogramms aus. Dazu gehört

- dass wir gegen die gezielte Ausbeutung und Tötung von Tieren eintreten – in der Ernährungsindustrie, in der medizinischen Forschung, im Sport und in der Unterhaltung,
- dass wir uns zu der großen Verantwortung der Industrienationen für den Klimawandel bekennen, alles für eine drastische Reduktion der Treibhausgase tun wollen (die bio-vegane Landwirtschaft steht dabei ganz oben auf der Prioritätenliste) und die Entwicklungsländer beim Umbau nach Kräften unterstützen,
- dass wir jeglichen Nationalismus überwinden wollen und die Aufnahme von Geflüchteten als humanitäre Pflicht erachten,
- dass wir Krieg als Mittel der Politik ablehnen und Auslandseinsätzen allenfalls im Rahmen von UNO-Missionen zustimmen würden.

Bitte teile uns doch in ein, zwei Sätzen mit, ob du unseren Positionen zustimmst oder wo du gegebenenfalls anderer Ansicht bist. Wir sagen im Voraus: Vielen Dank dafür!“

Unter diesem Text soll ein Freiraum sein, der vom Antragsteller zwingend auszufüllen ist.

Begründung: Die Aussagen, denen der Antragsteller / die Antragstellerin bisher zustimmen oder nicht zustimmen mussten, sorgten immer wieder für Irritationen. Sie führten zu Fehleinschätzungen bei der Prüfung oder auch dazu, dass Anträge gar nicht erst gestellt werden.

A handwritten signature in blue ink that reads "Susanne Berghoff". The script is cursive and fluid.

Susanne Berghoff
Vorsitzende

A handwritten signature in blue ink that reads "S. Knels". The script is cursive and stylized.

Susanne Knels
Schriftführerin



Tierschutzpartei, LV Niedersachsen
Geschäftsstelle: S. Berghoff, Schützenstraße 18, 27624 Geestland

Bundesgeschäftsstelle der
Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Landesverband Niedersachsen
Vorsitzende

Susanne Berghoff

Schützenstraße 18
27624 Geestland-Großenhain

Tel.: 04765 4443756

Mobil: 0170 5853670

Mail: susanne-berghoff@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de

Antrag an den 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrags: Änderung des datenrechtlichen Hinweises im Zusammenhang mit dem Mitgliedsantrag

Antragsteller: Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen

Antrag:

Der Text

„Hiermit stimme ich zu, dass ich zum parteieigenen Intranet eingeladen werden darf. Meine Daten verlassen Deutschland hierbei nicht und werden ausschließlich zum Zweck der Partei-internen Nutzung (wie z. B. damit ich News erhalten, mich an Diskussionen und Abstimmungen beteiligen, an Videokonferenzen teilnehmen und interne Informationen einsehen kann) verwendet. Sie werden hierzu an das Partner-Unternehmen Loxonet übertragen. (optional)“

soll ersetzt werden durch

„Deine hier und im Rahmen deiner Mitgliedschaft erhobenen Daten werden von der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ innerhalb der Partei-Organisation, also auch von den für dich zuständigen Gliederungen, verarbeitet und in einem Mitgliederverwaltungssystem auf deutschen Servern gespeichert. Das geschieht ausschließlich für Zwecke deiner Mitgliedschaft. Auch eine Weitergabe deiner Daten an andere Mitglieder kann erfolgen, wenn dies satzungsgemäßen Zwecken dient. Hierzu ist es erforderlich, dass mindestens eine Kontaktmöglichkeit eröffnet wird (z.B. E-Mail). Der internen Weitergabe anderer Kontaktmöglichkeiten (z.B. telefonisch oder postalisch) kannst du jetzt oder später widersprechen. Ausgenommen von diesem Widerspruch bleiben Anträge an das Bundesschiedsgericht, bei denen der Zugriff auf die postalische Adresse gewährleistet bleiben muss.“

Zum parteieigenen Intranet erhältst du eine gesonderte Einladung, die du annehmen oder ablehnen kannst.

Zudem erhältst du – bis du widersprichst – auch postalische und / oder elektronische Informationen über politische Themen und Veranstaltungen der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung deiner Daten ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a und f DSGVO.

Du hast das Recht, Auskunft über die zu deiner Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht dir ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so kannst du ganz oder teilweise Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).“

Begründung: Es ist nach §13 DSGVO unabdingbar, dass Antragsteller umfassend informiert werden, in welcher Weise Daten verarbeitet werden und welche Informations- und Widerspruchsmöglichkeiten es gibt.



Susanne Berghoff
Vorsitzende



Susanne Knels
Schriftführerin



Tierschutzpartei, LV Niedersachsen
Geschäftsstelle: S. Berghoff, Schützenstraße 18, 27624 Geestland

Bundesgeschäftsstelle der
Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Landesverband Niedersachsen
Vorsitzende

Susanne Berghoff

Schützenstraße 18
27624 Geestland-Großenhain

Tel.: 04765 4443756

Mobil: 0170 5853670

Mail: susanne-berghoff@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de

Antrag an den 47. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrags: Änderung der Bundessatzung in § 33 „Nutzungsbestimmungen von Mitglieder- und Mailinglisten“

Antragsteller: Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen

Antrag:

In § 33.1 der Bundessatzung wird die Formulierung „ausschließlich nach Unterzeichnung der Datenschutz- und Verschwiegenheitsverpflichtungen“ geändert in „ausschließlich nach Unterzeichnung der Datenschutzverpflichtungen und nach datenschutzrechtlicher Unterweisung“

33.1 a) „die Mitglieder des Bundesvorstandes (Gesamtmitgliederliste, sonstige Listen)“

wird wie folgt ergänzt:

„grundsätzlich und immer die Mitglieder des Bundesvorstandes (Gesamtmitgliederliste, sonstige Listen)“

33.1 b) „die Mitglieder der Vorstände der nachgeordneten Gebietsvorstände (Mitgliederliste des Gebietsverbandes, dem sie angehören)“

wird wie folgt ergänzt:

„grundsätzlich und immer die Mitglieder der Vorstände der nachgeordneten Gebietsvorstände (Mitgliederliste des Gebietsverbandes, dem sie angehören)“

33.1 c) „die Beschäftigten der Bundesgeschäftsstellen des Bundesverbandes (alle Listen)“

wird wie folgt ergänzt:

„die Beschäftigten der Bundesgeschäftsstellen des Bundesverbandes, sofern das Präsidium des Bundesvorstandes keine Beschränkungen vornimmt (alle Listen)“

Hinzugefügt wird

33.1 e) Mitglieder, die ein berechtigtes Interesse darlegen wie Vernetzung auf lokaler oder regionaler Ebene, Gründung eines Kreisverbandes oder Antragstellung zum Landes- oder Bundesparteitag (nach vorgetragenem Bedarf, der vom Präsidium des Bundesvorstandes zu prüfen ist; die Listen enthalten die Namen der Mitglieder und mindestens Mailadresse oder Telefonnummer)

Begründung: Es soll präzisiert werden, wer unter welchen Voraussetzungen Zugriff auf Mitgliederdaten hat. Dabei wird das berechnigte Interesse von Mitgliedern ohne Funktion berücksichtigt, das bisher in der Satzung nicht definiert war.



Susanne Berghoff
Vorsitzende



Susanne Knels
Schriftführerin

Hinweis: Dieser Antrag wird auch vom Vorstand des Landesverbandes NRW mitgetragen.



An die
Bundesgeschäftsstelle
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ
Schreiersgrüner Str. 5

08233 Treuen

Datum: 16.01.2024

Antrag an den 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Antragsteller: Landesvorstand Bayern

Antragsgegenstand:

Der Antrag bezieht sich auf die am 18.10.2023 durchgeführte Online-Abstimmung zum Partei-Logo durch die Mitglieder der Tierschutzpartei, die vom Bundesvorstand initiiert wurde und verlangt eine Wiederholung der Abstimmung in korrekter und eindeutiger Form beim kommenden Bundesparteitag.

Der BPT stimmt über folgende Anträge ab:

- 1.) Das bisherige Logo (Regenbogen) der Tierschutzpartei wird beibehalten.
- 2.) Das bisherige Logo (Regenbogen) der Tierschutzpartei wird durch ein anders Logo ersetzt.

Konkretisierung und Begründung des Antrags:

Der Landesvorstand Bayern hält die Art und Weise, der vom Bundesvorstand initiierten und durchgeführten Mitgliederbefragung zum geänderten Parteilogo für fehlerhaft und irreführend.

Begründung:

Es gab bei der Umfrage nur die Möglichkeit, Logo Nr. 1 oder Logo Nr. 2 oder keines der beiden vorgeschlagenen Logos auszuwählen. Das bisherige Regenbogen-Logo wurde jedoch gar nicht mehr als Wahlalternative aufgeführt, so dass die Mitglieder nicht mehr die Möglichkeit hatten, explizit für dessen weitere Verwendung zu stimmen. Eine Abstimmung, in der zwei neue Logos neben der Option „keine der beiden“ zur Auswahl stehen, impliziert und suggeriert, dass die Entscheidung für ein neues Logo bereits erfolgt ist.

Landesvorstand Bayern

Stephan Schwolow
Landesvorsitzender
Mitglieds-Nr. 13434

Bernd Seidemann
Schatzmeister
Mitglieds-Nr. 2806

Bundesgeschäftsstelle der
Partei Mensch Umwelt Tierschutz

**Landesverband
Nordrhein-Westfalen**

Landesgeschäftsstelle
c/o Angelika Remiszewski
Von-der-Recke-Str.5
44137 Dortmund
Email: nrw@tierschutzpartei.de

Dortmund, den 17. Januar 2024

**Antrag an den 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT
TIERSCHUTZ (Wortgleich bereits zum 45. BPT eingereicht)**

Bezeichnung des Antrags: „Wirtschaftspolitische Änderungen im Grundsatzprogramm“

Antragsteller: Vorstand des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

Antrag: Der Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ beschließt,

- a) eine Umbenennung des Punktes 9.1. in „Wirtschaft ganzheitlich betrachten“

Aktuell: 9.1. Soziale und ökologische Marktwirtschaft

Neu: 9.1. Wirtschaft ganzheitlich betrachten

- b) Die ersatzlose Löschung der ersten zwei Sätze im Abschnitt 9.1.:

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ – Tierschutzpartei – bekennt sich zu einer dem Gemeinwohl verpflichteten sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Wir wollen eine wettbewerbssichernde Wirtschafts- und Finanzpolitik, die sowohl günstige Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe sowie Selbstständige schafft als auch verhindert, dass die ständig zunehmende Konzentrationen der marktverzerrenden Macht von Großunternehmen zu Wettbewerbsbeeinträchtigungen, Arbeitslosigkeit, globalen Ungleichgewichten sowie Umweltbelastungen führen.

- c) Die Hinzufügung des neuen Abschnitts 9.2. „Ein Wirtschaftssystem ohne Wachstumswahn etablieren“, was dann automatisch beinhaltet, dass sich darauffolgende Abschnitte in der Nummerierung verändern (aus aktuell 9.2 Staatshaushalt, wird dann 9.3 usw.)

Neu: 9.2. Ein Wirtschaftssystem ohne Wachstumswahn etablieren

Ein marktvermitteltes Wirtschaftswachstum hat uns in eine Situation gebracht, die von Klimakrise, extremer Ressourcenverknappung, Vermüllung und Artensterben geprägt ist. Zudem geht die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander, was einer Gesellschaft niemals zuträglich ist. Und die Ausbeutung von Tieren hat ein Maß angenommen, das jeder ethischen Beurteilung spottet. Alle Versuche, ein sogenanntes grünes, sozialverträgliches, qualitatives Wachstum anzuregen, haben sich bisher als völlig unzureichend erwiesen. Die große Masse der aktiven Marktteilnehmer lässt sich von Profitinteressen und Konkurrenzdenken leiten. Der Staat kann und muss mehr regulieren, um diejenigen zu bremsen, die nicht bereit sind, Rücksicht zu nehmen. Er kann und muss mehr Anreize schaffen, um denen Vorteile zu gewähren, die für eine emissionsarme, nachhaltige Ökonomie stehen. Aber all das wird nicht ausreichen, wenn das Paradigma ständigen Wachstums weiterhin vorherrschend ist.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ steht für ein Wirtschaftssystem, welches sich nicht mehr über Indices wie Wachstum und Bruttoinlandsprodukt definiert, sondern an der Lebensqualität und Zufriedenheit seiner Bürger bemisst. Wir möchten auf Basis einer Postwachstumsökonomie eine Suffizienzstrategie entwickeln. Dies verlangt nicht weniger als einen gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel: Die Beschränkung beim Konsumgüterkauf darf nicht als Rückschritt gewertet werden und für den einzelnen keinen Statusverlust bedeuten. Der Fokus soll verlagert werden auf gesellschaftlichen Austausch, soziales Engagement, Kreativität, kulturelle Betätigung, Bildung. Gestärkt werden dabei die lokalen Wertschöpfungs- und Versorgungsstrukturen, während es bei den industriellen und global arbeitsteiligen Wertschöpfungsprozessen einen starken Rückgang geben wird. Auch das exorbitant angewachsene Geldvermögen muss drastisch reduziert werden.


Eine nachhaltige und ausgewogene Entwicklung der Gesellschaft ist möglich, wenn materiellen, sozialen und kulturellen Belangen die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt wird und sich die Politik an ethischen Maßstäben orientiert. Nicht das renditegetriebene Interesse der multinationalen Konzerne, sondern das „Glück“ der Bürgerinnen muss zentraler Maßstab für die politischen Entscheidungen sein.

Begründung:

Die auch in unserem Grundsatzprogramm propagierte Vision eines grünen bzw. nachhaltigen Wachstums ist in den letzten Jahrzehnten gescheitert: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander und wir steuern weltweit auf immer größere Ressourcenengpässe zu. Als Partei sollten wir für ein Wirtschaftssystem plädieren, welches sich nicht mehr nur an Indices wie dem Bruttoinlandsprodukt definiert, sondern sich stattdessen an der Postwachstumsökonomie orientiert und auf Basis dessen eine gemeinsame europäische Suffizienzstrategie entwickelt. An dessen Ende kann, gemessen an den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen innerhalb der EU, nur ein partieller Rückbau der industriellen und global arbeitsteiliger Wertschöpfungsprozesse, bei einer gleichzeitigen Stärkung der lokalen Wertschöpfungs- und Versorgungsstrukturen stehen. Der seit den „goldenen Zeiten“ des Wirtschaftswunders propagierte Hunger auf ein stetiges Wirtschaftswachstum hat es in den vergangenen Jahrzehnten nicht geschafft, den weltweiten Hunger, Armut oder die Verteilungsungerechtigkeit durch ökonomische Expansion zu beseitigen. Die individuelle Lebenszufriedenheit oder das sog. „Glück“ der Bürgerinnen muss zentraler Maßstab für die politischen Entscheidungen sein und nicht die Rendite-getriebenen Interessen der multinationalen Konzerne.



Sebastian Everding
Landesvorsitzender



Angelika Remiszewski
Landesvorsitzende

Bundesgeschäftsstelle der
Partei Mensch Umwelt Tierschutz

**Landesverband
Nordrhein-Westfalen**

Landesgeschäftsstelle
c/o Angelika Remiszewski
Von-der-Recke-Str.5
44137 Dortmund
Email: nrw@tierschutzpartei.de

Dortmund, den 17. Januar 2024

**Antrag an den 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT
TIERSCHUTZ (Wortgleich bereits zum 45. BPT eingereicht)**

Bezeichnung des Antrags: „Mitgliedsanträge als PDF und in leichter Sprache“

Antragsteller: Vorstand des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

Antrag:

Der Bundesparteitag möge beschließen,

- a) dass der Mitgliedsantrag in aktuellem CI als ein PDF-Download auf der Homepage angeboten wird;
- b) dass ein Mitgliedsantrag in leichter Sprache erarbeitet und als PDF-Download auf der Homepage angeboten wird.

Begründung:

Ein ausdrückbarer Mitgliedsantrag würde die Werbung neuer Mitglieder auf Messen, Ständen oder Veranstaltungen deutlich erleichtern. Dieser soll möglichst leicht und verständlich formuliert sein und nicht nur als Online-Formular angeboten werden, um Menschen mit Einschränkungen und/oder ohne Internet-Zugang angeboten werden. Oftmals sind Menschen nach einem persönlichen Gespräch eher bereit Mitglied zu werden, als wenn sie zunächst ins Internet verwiesen werden und dies in der Folge vielleicht sogar vergessen.



Sebastian Everding
Landesvorsitzender



Angelika Remiszewski
Landesvorsitzende

Bundesgeschäftsstelle der
Partei Mensch Umwelt Tierschutz

**Landesverband
Nordrhein-Westfalen**

Landesgeschäftsstelle
c/o Angelika Remiszewski
Von-der-Recke-Str.5
44137 Dortmund
Email: nrw@tierschutzpartei.de

Dortmund, den 17. Jan 2024

**Antrag an den 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT
TIERSCHUTZ (Wortgleich bereits zum 45. BPT eingereicht)**

Bezeichnung des Antrags: „Bekenntnis zum Grundsatzprogramm statt Auswahlfragen beim Online-Mitgliedsantrag“

Antragsteller: Vorstand des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

Antrag:

Der Bundesparteitag möge beschließen, dass die Beantwortung der Fragen im Online-Mitgliedsantrag auf tierschutzpartei.de durch ein Bekenntnis zum Grundsatzprogramm der Partei ersetzt wird.

Begründung:

Die Beantwortung von Aussagen im Rahmen des Antrages steht in eklatanten Gegensatz zur gängigen Praxis aller anderen demokratischen Parteien in Deutschland. Die zahlreichen Fragen bauen eine große Hemmschwelle für neue Mitglieder auf, dies wurde uns in vielen Gesprächen mit Interessierten bestätigt.

Der Wunsch nach „Absicherung“ gegenüber Mitgliedern, die nicht unseren Wertevorstellungen entsprechen ist nachvollziehbar, jedoch wird hier keine Sicherheit geschaffen, sondern die dringend benötigte Gewinnung neuer Mitglieder deutlich erschwert.

Viel wichtiger wäre es, Mitgliederbeauftragte (m/w/d) in den einzelnen Landesverbänden zu ernennen, welche vorab ein Kennenlerngespräch telefonisch mit Interessenten führen sollen. Diese Personen können das auf eine Annahme der Mitgliedschaft erfolgende Onboarding begleiten und Ansprechpartner:in für Neu- und Bestandsmitglieder sein.



Sebastian Everding
Landesvorsitzender



Angelika Remiszewski
Landesvorsitzende

Antrag an den 46. Bundesparteitag

Bezeichnung des Änderungsantrags: Namensänderung in § 1.1 der Satzung

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 46. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz möge folgende Änderung des Parteinamens wie in § 1.1 der Bundessatzung festgelegt beschließen, sowie alle weitere Vorkommen des Parteinamens anzupassen:

§ 1.1 Die Partei führt den Namen PARTEI MENSCH UMWELT TIER.

Begründung: Die Partei hat sich über einfachen Tierschutz hinaus weiterentwickelt. Die Partei setzt sich inzwischen wesentlich breit gefächerter für Tiere im Allgemeinen und für den Erhalt von Lebensräumen und die Artenvielfalt sowie für die Rechte von Tieren im Speziellen ein. Daher sollte der Name entsprechend den veränderten Rahmenbedingungen und dem Puls der Zeit angepasst werden.

Anhang (Übersicht über die Satzungsänderung):

§ 1.1 Die Partei führt den Namen PARTEI MENSCH UMWELT TIER. Sie soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Nach Eintragung führt sie den Zusatz e.V. Die Kurzbezeichnung der Partei lautet Tierschutzpartei



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen

Antrag an den 46. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrags::

Probemitglieder bei Aufstellungsversammlungen

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 46. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz möge beschließen, im § 3a der Bundessatzung hinter Satz 5 folgendem Satz einzufügen:

“Probemitglieder können bei Aufstellungsversammlungen für Wahlen von Volksvertretungen auf Landesebene und nachgeordnete Gebietsebenen, als vollwertige Mitglieder des Landesverbandes mit sofortiger Wirkung durch den Landesvorstand für die Dauer der Versammlung aufgenommen werden. Somit können diese neue Mitglieder des Landesverbandes auch an der Aufstellung von Kandidaten teilnehmen, sowie selbst kandidieren und abstimmen.”

Begründung: Bei Wahlen von Volksvertretungen auf Landesebene und nachgeordnete Gebietsebenen bleiben sehr oft viele Listenplätze oder ganze Listen leer, da die betroffenen Gebiete oft keine oder nur zu wenige Mitglieder aufweisen. Der eingefügte Satz erschafft die Möglichkeit, dass Probemitglieder bei Aufstellungsversammlungen einen wesentlichen Beitrag leisten können, in dem sie durch den zuständigen Landesvorstand als vollwertige Mitglieder des Landesverbands aufgenommen werden können und somit ihre Beteiligung bei den Wahlen ermöglicht wird. Hiermit wird die Besetzung von Listenplätzen in den unteren Ebenen unter der vollen Aufsicht der Partei wesentlich erleichtert und begünstigt.



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen

Bezeichnung des Antrags: Kinderrechte und Kontakt zu den leiblichen Eltern

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 46. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz möge beschließen im Abschnitt **7.4 Kinder und- Jugendrechte des Grundsatzprogramms** zwischen den zweiten und dritten Absatz wird folgender Absatz eingefügt:

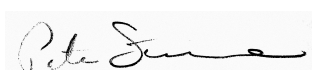
"Die Tierschutzpartei setzt sich für die Förderung und den Schutz der Rechte von Kindern ein. Wir erkennen die Bedeutung des Kontakts zu leiblichen und weiteren Familienmitgliedern für das Wohlergehen und die gesunde Entwicklung von Kindern an. Die Tierschutzpartei verurteilt die Praxis der Eltern-Kind-Entfremdung und strebt danach, die Rechte der Kinder auf den regelmäßigen und bedeutsamen Kontakt zu ihren leiblichen und weiteren Familienmitgliedern zu gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, dass im Falle von Trennungen oder Scheidungen der Eltern das Wohl des Kindes an erster Stelle steht und die Möglichkeit einer fairen und ausgeglichenen Elternschaft gefördert wird."

Begründung:

Die Tierschutzpartei setzt sich bereits seit ihrer Gründung erfolgreich für den Schutz und das Wohl von Tieren ein. Angesichts unserer grundlegenden Überzeugung, dass alle Lebewesen Respekt, Mitgefühl und Schutz verdienen, sollten wir auch die Rechte und Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit stellen. Leider sind Kinder in vielen Fällen von Entfremdungserlebnissen betroffen, wenn sie den Kontakt zu ihren leiblichen Familienmitgliedern, insbesondere ihren Eltern, verlieren.

Eltern-Kind-Entfremdung ist eine Form schweren psychischen Missbrauchs. Kinder verlieren dabei einen geliebten Elternteil und auch dessen weiteres familiäres Umfeld, wie Großeltern und Geschwister. Der Hintergrund für diese Entfremdung ist die Trennungs-Auseinandersetzung der Eltern und entspricht nicht dem Willen der Kinder, sondern beruht auf einer Beeinflussung des Kindes durch einen Elternteil. Bei einem erfolgten Kontaktabbruch muss der Kontakt schnellstmöglich wiederhergestellt werden.

Der Verlust des Kontakts zu leiblichen Familienmitgliedern kann für Kinder äußerst schädlich sein und zu langfristigen emotionalen und psychologischen Auswirkungen führen. Es ist von größter Bedeutung, dass die Tierschutzpartei sich für die Gewährleistung des Rechts jedes Kindes auf den Kontakt zu seinen leiblichen Familienmitgliedern einsetzt und sich aktiv gegen die Entfremdung zwischen Eltern und Kindern einsetzt



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen

PARTEI MENSCH UMWELT
TIERSCHUTZ
Bundesgeschäftsstelle
Schreiersgrüner Str. 5, 08233 Treuen
sachsen@tierschutzpartei.de

An den 45. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz



Antrag an den 46. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrags: Namensänderung in § 1.1 der Satzung

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 46. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz möge folgende Änderung des Parteinamens wie in § 1.1 der Bundessatzung festgelegt beschließen, sowie alle weitere Vorkommen des Parteinamens anzupassen:

§ 1.1 Die Partei führt den Namen PARTEI MENSCH UMWELT TIERE.

Begründung: Die Partei hat sich über einfachen Tierschutz hinaus weiterentwickelt. Die Partei setzt sich inzwischen wesentlich breit gefächerter für Tiere im Allgemeinen und für den Erhalt von Lebensräumen und die Artenvielfalt sowie für die Rechte von Tieren im Speziellen ein. Daher sollte der Name entsprechend den veränderten Rahmenbedingungen und dem Puls der Zeit angepasst werden.

Anhang (Übersicht über die Satzungsänderung):

§ 1.1 Die Partei führt den Namen PARTEI MENSCH UMWELT TIERE. Sie soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Nach Eintragung führt sie den Zusatz e.V. Die Kurzbezeichnung der Partei lautet Tierschutzpartei



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen

Antrag an den 46. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrages:

Mitgliedschaft im Landesverband bei Aufstellungsversammlungen

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 46. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz möge beschließen, am Ende des § 3 der Bundessatzung folgendem Satz hinzufügen:

“Landesvorstände können nach eigenem Ermessen Probemitglieder und andere parteilose Nicht-Mitglieder als vollwertige Mitglieder ihres Landesverbands mit sofortiger Wirkung aufnehmen, damit diese u.a. bei Aufstellungsversammlungen für Wahlen von Volksvertretungen auf Landesebene und nachgeordnete Gebietsebenen an der Aufstellung von Kandidaten teilnehmen, sowie selbst kandidieren und abstimmen können.”

Begründung: Bei Wahlen von Volksvertretungen auf Landesebene und nachgeordnete Gebietsebenen bleiben sehr oft viele Listenplätze oder ganze Listen leer, da die betroffenen Gebiete oft keine oder nur zu wenige Mitglieder aufweisen. Der eingefügte Satz erschafft die Möglichkeit, dass LV Mitglieder bei Aufstellungsversammlungen einen wesentlichen Beitrag leisten können und sich wie alle vollwertige Mitglieder beteiligen können. Hiermit wird die Besetzung von Listenplätzen unter der vollen Aufsicht der Partei wesentlich erleichtert und begünstigt.



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen

Antrag an den 46. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrags: Demokratische, gerechte Vertretung der Landesverbände im Bundesvorstand

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge folgende Änderungen in §13.1 der Bundessatzung und dementsprechend in §4 der Bundeswahlordnung beschließen:

In §13.1 der Bundessatzung und dementsprechend in §4 der Bundeswahlordnung

in Satz 1): "maximal 20" mit "maximal 20, sofern alle zur Verfügung stehende Landesverbände im Bundesvorstand vertreten sind, ansonsten bis alle verfügbare Landesverbände die Möglichkeit gegeben worden sind, im Bundesvorstand vertreten zu sein." ersetzen;

Nach Satz 2) soll folgender Satz eingefügt werden:

"Jeder Landesverband sollte, soweit ein Kandidat des Landesverbandes zur Verfügung steht, durch mindestens ein Mitglied im Bundesvorstand vertreten sein.";

In Satz 4) Nr. 9 "maximal 10 Beisitzer", mit "maximal 10 Beisitzern, sofern alle Landesverbände mit mindestens einer Person im Bundesvorstand vertreten sind, ansonsten dürfen die noch nicht im Bundesvorstand vertretene Landesverbände jeweils ein Beisitzer stellen welcher direkt vom Landesvorstand selbst bestimmt.

Begründung: Der Bundesvorstand repräsentiert und bestimmt über alle einzelne Landesverbände. Im Sinne der Parteiendemokratie sollten demnach auch ALLE Landesverbände die Möglichkeit haben, sich aktiv im Bundesvorstand einzubringen. Als basisdemokratisch orientierte Partei ist es enorm wichtig, dass der Bundesvorstand alle Landesverbände gerecht repräsentiert sowie, dass gegen einseitige Interessenvertretungen und die Bildung von undemokratischen Machtstrukturen vorgebeugt wird.



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen

PARTEI MENSCH UMWELT
TIERSCHUTZ
Bundesgeschäftsstelle
Schreiersgrüner Str. 5, 08233 Treuen
sachsen@tierschutzpartei.de

An den 45. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz



Antrag an den 46. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrags: Wasserstoff Kernfusion

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge folgenden Satz am Ende des §6.6 Energie des Grundsatzprogramms hinzufügen: Wir fordern die Förderung, Entwicklung und schnelle Ausbau von Wasserstoff Kernfusion.

Begründung: Saubere kostengünstige nachhaltige Energiequellen sind zum Fördern.



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen

Antrag an den 46. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrags: Ausschluss von ehemaligen Rechtsradikalen als Parteifunktionäre

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge folgenden Satz am Ende des §13.1 der Bundessatzung hinzufügen:

Eine ehemalige Mitgliedschaft oder Tätigkeit im Vorstand einer rechtsradikalen Partei oder politische Organisation ist ein absolutes Ausschlusskriterium für die Mitgliedschaft in einem Vorstand der Partei und als Kandidat bei Wahlen.

Begründung: Jedes Vorstandsmitglied repräsentiert die Partei nach außen. Personen mit einer rechtsradikalen Vergangenheit schaden das Ansehen der Partei zutiefst, da Rechtsradikalismus gegen sämtliche Grundprinzipien der Tierschutz Partei verstößt. Auch eine Wiedergutmachung von vergangenen Fehlern von einzelnen Personen darf nicht auf Kosten das Ansehen der Partei an exponierten Stellen wie in einem Vorstand oder bei Wahlen passieren. Die Verbrechen, welche aus rechtsradikales Gedankengut entspringen, dürfen niemals verharmlost oder vergessen werden.



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen